

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags (täglich) 16 Bl.

10. Jahrgang.

Freitag, 10. Oktober 1930

Nr. 239.

Zwist zwischen Hakenkreuz und Heimwehr.

Wien, 9. Oktober (Eigenbericht). Die Heimwehr wird in allen österreichischen Wahlkreisen mit eigenen Kandidatenlisten auftreten, und überall wird Starhemberg als Listenführer, die Landesführer an zweiter Stelle kandidieren.

Zwischen den Nationalsozialisten und den Heimwehren ist jetzt ein heftiger Zwist entbrannt. Die Nationalsozialisten beschuldigen die Heimwehrführer, daß sie die Beratungen absichtlich hinausziehen, um eine wirksame Propaganda für ihre selbständige Kandidatur zu verhindern. Ein Abgeordneter der österreichischen Hakenkreuzler verhandelt in München mit Hitler über die einschlagende Wahltaktik.

Krisengerüchte.

Wien, 9. Oktober. Der Wiener „Tag“ meldet: Die abenteuerliche Situation, in die das Kabinett Baugoin durch die Einbeziehung der Heimwehrführer schon in den ersten Tagen seiner Amtstätigkeit geraten ist, hat trotz des stündlich in Aktion tretenden Dementierapparates in den letzten Stunden derartig krisenhafte Schwierigkeiten gezeitigt, daß in politischen Kreisen allgemein von unmittelbar bevorstehenden sehr einschneidenden Veränderungen in der Zusammensetzung der Regierung die Rede ist. Die Stellung des Bundesführers der Heimwehren Starhemberg als Minister des Innern ist unhaltbar geworden, so daß mit seiner Demission bereits in den nächsten Stunden gerechnet werden muß. Ihm würde selbstverständlich der zweite Heimwehrführer im Kabinett Baugoin, Justizminister Hueber folgen. Es verlautete gestern abends mit ziemlicher Bestimmtheit, daß der Heimwehrfunktionär Major a. D. Fejz, der den Christlichsozialen nahesteht, aber von anderen Heimwehrgruppen heftig angegriffen wird, als Nachfolger Starhembergs anzuersuchen sei.

Weiters verlautet, daß die durch das gegenwärtige Regierungssystem geschaffenen Verhältnisse den Finanzminister Dr. Fuch amtsübrig gemacht haben und daß er bereit ist, sein Portefeuille zur Verfügung zu stellen.

Drei Wiener bürgerliche Zeitungen konfisziert.

Wegen Meldungen über Pabst.

Wien, 9. Oktober. (Eigenbericht.) Heute morgens wurden drei bürgerliche Blätter, und zwar die „Neue Freie Presse“, das „Neue Wiener Tagblatt“ und das „Extrablatt“, die eine Meldung der Landbundkorrespondenz über hochverräterische Beziehungen des Major Pabst zu Italien und seine feinerzeitigen Pläne, Tirol und Vorarlberg von Oesterreich loszureißen, gebracht hatten, vom Staatsanwalt wegen „Verbreitung beunruhigender Gerüchte“ beschlagnahmt.

Auf Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion des Wiener Landtages hat der Landeshauptmann Dr. Danneberg für morgen nachmittags 5 Uhr eine Sitzung des Landtages einberufen, um dort gegen diese neuerliche Verletzung der Pressefreiheit zu protestieren und die konfiszierten Stellen zu immunisieren.

Schober in der Antimarginalfront.

Wien, 8. Oktober. (M.) In einer Versammlung der Reichsorganisation der Kaufleute Oesterreichs äußerte sich Bundeskanzler a. D. Dr. Schober zur Schaffung eines Mittelblochs unter seiner Führung. Er betonte, daß er keinen politischen Ehrgeiz besitze, daß er aber, wenn die Frage an ihn herantritt, ob er jenen Kreisen, die das heutige Wahlrecht von einer Geltung ausschließt, zu dieser verhelfen und es verhindern wolle, daß die Sozialdemokraten aus der gegenwärtigen Situation einen Erfolg erzielen, sich überlegen müsse, ob er seinem altösterreichischen Beamtentum dieses Opfer anerkennen müsse. Wenn die Wirtschaft ruft, der zu dienen er stets versprochen habe, dann werde er die Waagschale zum Opfer sinken lassen.

3.030.000 Arbeitslose in Deutschland

Berlin, 9. Oktober. In der Zeit vom 16. bis 30. September ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 47.000 auf rund 3.030.000 gestiegen.

Staatskanzler a. D. Dr. Karl Renner:

Oesterreich im Wahlkampf.

Genosse Dr. Renner, der gestern im Sozialen Institut in Prag einen Vortrag hielt, stellt uns den folgenden Artikel zur Verfügung:

Begreifliches Interesse bringt die Öffentlichkeit der Tschechoslowakei und natürlich auch aller anderen Nachbarstaaten den Wahlen in Oesterreich entgegen. Es hängen ja die friedlichen, politischen und wirtschaftlichen Nachbarbeziehungen davon ab und außerdem wirkt jede Aenderung des politischen Systems eines Landes auf die umliegenden Länder ein.

Wir haben nun durch zehn Jahre das System von Bürgerblockregierungen gehabt.

Dieses hat die Arbeiterklasse und Sozialdemokratie durch ein Jahrzehnt von jedem Einfluß auf die Staatsgewalt ausgeschlossen. Während in den anderen Ländern Bürgerblock- und Linksregierungen in kürzester Frist wechselten, ist das eine System in Oesterreich immer mehr erstarrt. Starr und beinahe halsstarrig hat Seipel an diesem System festgehalten, obwohl es die Stimmenzahl der Sozialdemokraten von Wahl zu Wahl anschwellen ließ, und hat zum Schluß die faschistischen Abenteurer, die bis dahin ohne Bedeutung waren, großgezogen.

Die sogenannte „Heimwehr“ hat er auf den „Antimarginalismus“ eingeschworen, um ihn dadurch als feste Kammer der bürgerlichen Einheitsfront zu benützen.

Im Hintergrunde des Seipelschen Planes lag der Gedanke, eine andere Mehrheit, die im Nationalrat vom ersten Tag der Republik an bis heute immer vorhanden war, nicht aufkommen zu lassen. Diese andere Mehrheit ist alles eher als Merikal, ist schulterstundlich, wünscht eine Chereform und die Ausdehnung der Schulgesetze auf das Burgenland, also Dinge, die dem Merikalismus verhaßt sind.

Eine solche Mehrheit nicht zustande kommen zu lassen und die Merikale Herrschaft so trotz ihrer effektiven Widerheit im Nationalrat zu befestigen, war Seipels Hintergedanke.

An dieser schrankenlosen Herrschaft ist auch der Bürgerblock auseinandergebrochen. Großdeutsche und Landbund konnten einfach die wilde und skrupellose Machtgier, mit der sich die Christlichsozialen auf die Bundesbahnen stürzten, nicht mehr verantworten. Die Einzelheiten dieses Streites sind ja bekannt.

Durch die Auflehnung dieser beiden Gruppen plötzlich auf sich selbst gestellt, hat nun die Christlichsoziale Partei zur Verstärkung ihrer Reihen die Heimwehren zur Hilfe gerufen. Jetzt sollte sich die Richtigkeit der Seipelschen Rechnung erproben. Sie hat ihn gründlich getrogen. Der Fehlschluß Seipels — einer seiner vielen Fehlschlüsse — war die Annahme, die Berufung der zwei Heimwehrführer Starhemberg und Hueber werde den ganzen Anhang in den Dienst der christlichsozialen Partei stellen. Diese Rechnung war falsch:

Die Heimwehr vereinigt unter dem oberflächlichen Kitt aufgedonneter Eide und wilder Verdächtigungen der Sozialdemokratie sehr verschiedene geistige Strömungen.

Ihr agiler Kern ist Hitlerisch gesinnt, etwa das, was sich im Deutschen Reich die Etikette „nationalsozial“ gibt. Ein anderer Teil ist einfach radikal-national, ein dritter ist dazu gestoßen aus Verdruss über die armseligen Ergebnisse von zehn Jahre Bürgerblockpolitik, und der rechte Flügel ist einfach habsburgisch gesinnt. Herr Seipel hat ein Tauschgeschäft mit Starhemberg geschlossen: Portefeuille gegen Stimmen. Starhemberg hat das Portefeuille gewonnen und kann nun nicht liefern. Da die Hitlerichtung selbständig kandidiert und damit einen Teil der Heimwehrstimmen wegnimmt, droht überdies die Heimwehr zu zerfallen. Die Führer sehen sich schon aus dem Grunde genötigt, eigene Heimblockkandidaten aufzustellen, um Hitlerkandidaturen zu verhindern. Es ist also ein völliges Chaos.

Auf der anderen Seite aber hat die nicht Merikale Bürger- und Bauernschaft sich verachtungsvoll von der Partei abgewendet, der sie

schon die vielen Baul- und Sparlastenstandale zu verzeihen gehabt hat:

Der Strafella-Standal hat endlich den Eimer zum überfließen gebracht.

Daß man die im bürgerlichen Sinne hochverdiente Regierung Schober über Nacht, ohne die fortschrittlichen Gruppen zu fragen, an die Luft setzen konnte, will niemandem in den Sinn. Und so erhebt sich der einmütige Ruf: Samlung unter Schober! Es ist zu erwarten, daß eine Schoberliste eine beträchtliche Anzahl von Mandaten erobert, sogar viele Heimwehrleute werden Schober wählen.

Damit aber ist die Tendenz zum Zweiparteien-System, das Oesterreich viel zu früh heimgeführt hat, durchbrochen und wir werden es mit einem Parlament von vier oder mehr selbständigen Parteien zu tun haben.

Das allein ändert schon das Gesicht der österreichischen Politik. Bei einem Zweiparteien-System eröffnen sich mancherlei Kombinationen — unter ihnen ist als nächste eine vermittelnde Beamtenregierung anzusehen. Darüber aber wird der 9. November die Entscheidung bringen.

Jedenfalls stellen Zweiparteien-System und ausschließliche Bürgerblockregierung eine überwundene Phase unserer Politik dar: Die in allen Parlamenten, so werden auch bei uns wechselnde Mehrheiten wechselnde Staatsaufgaben erfüllen.

Die sozialdemokratische Partei kann auf die leidenschaftliche Wahlarbeit und Wahlbeteiligung ihrer Anhänger bauen. Die Arbeiterklasse wird innerlich gestärkt und äußerlich machtvoll aus diesem Kampfe hervorgehen, ihre Partei wird gewiß die stärkste Partei des Hauses sein. Ob sie an Mandaten wesentlich gewinnt, muß dahin gestellt bleiben. Das Zweiparteien-System hat ja auch die Wirkung, daß Mittläufer sich da und dorthin verlaufen können. Es muß indes immer jeder Partei erwünscht sein, ihre zuverlässige Anhängerschaft genau zu kennen. Natürlich stößt die Ausdehnung der sozialdemokratischen Partei auch bei diesen Wahlen an die ehernen Schranken der Besitzverhältnisse: Sie hat schon bisher die Kader der Arbeiterklasse bis zu 90 Prozent ausgeschöpft und kann daher große Eroberungen nicht mehr machen. Darum ist das Geschrei der Faschisten, die eine bolschewistische Herrschaft in Oesterreich prophezeien, so verlogen und dient offenbar dazu, den guten Bürger einzuschüchtern. Daran aber lassen es die Herren nicht fehlen.

Die Wilde trampeln sie auf unserer Wirtschaft herum und selbst der Minister Starhemberg macht dabei keine Ausnahme.

Zu diesen Unverantwortlichkeiten gehört auch die Rückberufung des Majors Pabst. Sie ist umso verhängnisvoller, als es ja unter den Faschisten eine radikale Gruppe gibt, welche es zu Wahlen unbedingt nicht kommen lassen will. Solche Pläne werden sicherlich da und dort erörtert und Herr Pabst ist ja in dieser Art Verschwörerstätigkeit Fachmann. Daß eine Vereitelung der Wahlen in einem Augenblick, wo die Wählerchaft ohne Ausnahme auf das Abstimmen brennt, die ungeheuerlichsten Unruhen hervorrufen müßte und daß

vor allem die Arbeiterschaft in einem solchen Falle vor seiner Konsequenz zurückzureden würde,

das liegt auf der Hand. Immer vermag ein einzelner Narr eine Gesellschaft von hundert Klugen zu verwirren. Das ist nicht ausgeschlossen, wenn nicht alle, die es mit dem Lande und mit dem Wiederaufluge Oesterreichs ernst meinen, auf der Hut sind. Arbeiter, Bauern und auch Bürger würden einen solchen Versuch selbstverständlich in kürzester Frist erstickend. Aber der Schaden wäre unermesslich groß.

Die Verantwortung für ihn würden aber jene tragen, die einen 33jährigen Abenteurer wie Starhemberg in die Regierung gesetzt haben.

Neue Offensive des Agrarismus Kampfsagen ohne Zielklarheit.

Die tschechische Agrarpartei tritt am Beginn der politischen Herbstkampagne mit neuen Forderungen auf den Plan. Der auf der jüngsten Tagung ihres Vollzugsausschusses beschlossene Wunschzettel ist zwar sehr umfangreich, doch keine einzelnen Punkte, soweit sie die Bekämpfung der Landwirtschaftskrise betreffen — Stabilisierung angemessener Preise von Agrarprodukten durch eine nicht näher bezeichnete Regelung der Einfuhr, Erfassung der Spekulation, Sicherung billiger Kredite, Steuererleichterungen, Meliorationen — sind zu wenig konkret gefaßt, als daß sie Gegenstand einer ernsthaften wirtschaftspolitischen Diskussion sein könnten. Konkret werden die tschechischen Agrarier nur dort, wo sie mit ihren Wünschen auf ein nichtlandwirtschaftliches Gebiet übergreifen, nämlich mit der unüberhüllten Forderung nach Aufhebung des Mieterschutzes. Man wird daher vom sozialistischen Standpunkte, abgesehen von dem zuletzt erwähnten Spezialgebiet, zunächst einmal einige grundsätzliche Anmerkungen zu dieser neuesten Etappe agrarischer Offensivpolitik machen müssen.

Bei der allgemeinen schweren Wirtschaftskrise, welche die Bevölkerung dieses Staates bedrückt, und die anerkanntermaßen auch die Landwirtschaft erfaßt hat, kann es keiner Partei verwehrt werden, ihre Wünsche geltend zu machen, wie die gesetzgebenden Körperschaften und die Regierung zur Linderung der Krise beitragen sollen. Eines kann aber mit gutem Rechte verlangt werden, daß die Agrarparteien endlich Farbe bekennen, mit welchen Methoden der Kampf gegen die Landwirtschaftskrise geführt werden soll. In der Spitze einer Betrachtung des Zentralorgans der deutschen Agrarier über die Agrarsituation war dieser Tage der ausschlagreiche Satz zu lesen:

„Vorläufig sind die Pläne, nach denen in wirksamer Weise, als es bisher möglich war, der Einfluß der ausländischen Getreidepreise, insbesondere aber des Weizenpreises, auf die Preisbildung im Inland ausgeschaltet werden soll, um für die einheimische Landwirtschaft eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen, noch nicht feststehend.“

Das ist ein offenes Bekenntnis der Ratlosigkeit und Unorientiertheit des Agrarismus in der heutigen ersten Krisenzeit. Selbst die ehemals eifrigsten Verfechter einer agrarischen Hochschutzzollpolitik, wie z. B. Sektionschef Meißner, geben bereits zu, daß mit diesem alten Rezept nicht mehr auszukommen ist. Die von dem tschechisch-agrarischen Wortführer Dr. Jadrina versuchte Politik der Exportprämien hat auf der Warschauer Agrarkonferenz eine klare Verurteilung, selbst vom Gesichtspunkte rein landwirtschaftlicher Interessen erfahren. Die Stimmung der Agrarparteien für oder gegen ein Getreidemonopol schlägt so oft um, wie das unsichere Wetter dieses Jahres. Bis heute weiß man nicht, ob die von Bukarest und Belgrad ausgehende Zusammenschlußbewegung der Agrarländer und die damit verbundenen Bemühungen zur Herstellung einer großen Austauschgemeinschaft mit den mitteleuropäischen Industrieländern vom tschechoslowakischen Agrarismus unterstützt oder bekämpft wird. Was wollen also eigentlich unsere Agrarparteien?

Der Kern des gegenwärtigen Wirtschaftselends liegt, wie nun fast von keiner Seite mehr bestritten wird, in dem untragbaren Mißverhältnis zwischen den tief gesunkenen Urpreisen und den unverhältnismäßig hochgebliebenen Konsumpreisen, und in dem steigenden Warenangebot bei gleichzeitig fallender Kaufkraft. Aus diesen Tatbestand ergeben sich Fragen grundsätzlicher Natur: Sind die Agrarparteien willens in lokaler Zusammenarbeit mit den Verbrauchern auf eine Verringerung der Zwischenhandelsspanne hinzuwirken? Sind sie gewillt, mit den sozialistischen Parteien dem großkapitalistischen Kartell-

Ein Heimwehrhauptling als Betrüger verhaftet.

Wien, 9. Oktober. Der Generalsekretär des Heimatbundes in Wien, Josef Flandera, wurde gestern nachts verhaftet. Das Delikt, dessen er beschuldigt wird, ist aus seinerzeitigen Enthüllungen der „Arbeiter-Zeitung“ bekannt. Bevor Flandera Generalsekretär des Heimatbundes geworden ist, war er Generalsekretär des christlichsozialen Gewerbevereinsverbandes in Wien. Nach seinem plötzlichen Scheitern aus dieser Stelle wurde bei einer behördlichen Revision ein Abgang von 8000 Schilling festgestellt. Außerdem sind zahlreiche Strafanzeigen gegen Flandera bei der Polizei eingelangt. Flandera wurde gestern im Hauptquartier der Heimwehr in der Herrngasse von Kriminalbeamten zur Polizei geführt und nach einem Verhör verhaftet.

Wucher gesetzliche Schranken zu setzen? Sind sie bereit, eine Politik der planmäßigen Stärkung der Kaufkraft der breiten Bevölkerungsschichten zu unterstützen? Und nicht zuletzt: Wollen sich die Agrarier mit den städtisch-industriellen Klassen über eine Außenhandelspolitik verständigen, die dem Lebensbedürfnis aller wichtigen Wirtschaftszweige entspricht? Um die Beantwortung dieser Kernfragen werden die Wortführer des Agrarismus auch nicht mit der Forderung nach Ermächtigungsgesetzen herumkommen, denn hinter dem Ruf nach Ermächtigungen wird mit Recht die Absicht zu einseitigen großagrarisches Lösungen vermutet, für die weder in der Bevölkerung, noch im Parlament, noch in der Regierung eine Mehrheit zu finden sein wird.

Daselbe gilt in der Steuerfrage. Nach Steuererleichterungen rufen in dieser Krisenzeit alle Wirtschaftsgruppen und besonders die wirtschaftlich Schwächeren einen guten Recht, sie zu verlangen. Auch die Arbeiter lassen sich nicht zu ihrem Vergnügen die Einkommensteuer vom Lohn abziehen, auch die Kleingewerbetreibenden seufzen unter schwerer Steuerlast und die ganze Verbraucherschaft ist mit indirekten Steuern schwer bedrückt. **Wer Steuererleichterungen verlangt, muß auch den Mut finden, zu sagen, wo der Steuerausfall geholt werden soll.** Da gibt es nur einen Ausweg: Wenn die Steuerlasten der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land erleichtert werden sollen, dann müssen die Steuerprivilegien abgebaut werden, welche die Steuerreform mit Hilfe der agrarischen Parteien den Banken und Großunternehmungen eingeräumt hat. Die sozialistischen Parteien sind bereit, die Steuererleichterung des Bürgerblocks in diesem Sinne zu revidieren!

Was die Forderung der tschechischen Agrarpartei auf Abbau des Mieterschutzes anbetrifft, ist schon wiederholt festgestellt worden, daß dieses Postulat mit der Bekämpfung der Landwirtschaftskrise überhaupt nichts zu tun hat. Es könnte höchstens zur Verschärfung der Absatzkrise in der Landwirtschaft beitragen, wenn hunderte von Millionen, ja vielleicht Milliarden von dem schmalen Einkommen der Arbeiter und Angehörigen zur Erhöhung der Grund- und Häuserrenten verwendet werden müßten. Die Verquickung von Agrarforderungen und Hausrenteninteressen, wie sie nun einmal die tschechischen Agrarier aus rein machtpolitischen Gründen betreiben, ist ein wahres Verhängnis für die tschechoslowakische Landwirtschaftsbevölkerung. Das mögen sich schließlich die tschechischen Bauern mit ihren Führern ausmachen, ob die Befriedigung der Rinsgelüste der Prager und Prümmer Hausbesitzer wichtiger ist, als die Hebung des Absatzes von Fleisch und Milch.

Ueber die Planlosigkeit und Zweispieltigkeit der agrarischen Politik werden auch nicht die verhüllten faschistischen Drohungen hinweghelfen, die in der letzten Sitzung des agrarischen Vollzugsausschusses gefallen sind. Noch am Donnerstag schreibt der „Venkov“ hochtrabend: „Die Vereinbarung über die Lösung der landwirtschaftlichen Krise wird die Prüfung der Demokratie in der Tschechoslowakischen Republik sein.“ So ist das Problem schlecht gestellt. Der Agrarismus steht vor der Prüfung, ob er endlich das Arbeitsinteresse des Landvolkes von dem kapitalistischen Profitinteresse unterscheiden kann. **Für die Befriedigung der gemeinsamen Arbeitsinteressen der Arbeiter und Bauern, für eine ehrliche Verständigung von Erzeugern und Verbrauchern wird die Demokratie Lösungen finden, bessere jedenfalls, als sie das halbfaschistische Ungarn oder das ganzfaschistische Italien fand.**

Senat verlangt Wirtschaftsdebatte.

Prag, 9. Oktober. Im Senat, der heute eine kurze Plenarsitzung abhielt, haben die Regierungsparteien eine dringliche Interpellation eingebracht, in welcher sie die Regierung fragen, was sie gegen die Krise in der Industrie und Landwirtschaft zu tun gedenkt. Die Abstimmung über diese Resolution ist für morgen Freitag in Aussicht genommen. Es wird also voraussichtlich zu Beginn der nächsten Woche im Senat zu einer eingehenden Wirtschaftsdebatte kommen, für die Sitzungen am Dienstag und Mittwoch in Aussicht genommen sind.

Zu der heutigen Sitzung leitete der Nachfolger des verstorbenen kommunistischen Senatsvorsitzenden, Senator Slavka, die Angelegenheit. Dann wurde die vom Abgeordnetenhause bereits bewilligte Regierungsvorlage über die Regelung der Rechtsverhältnisse in Grenzgebieten ohne Debatte angenommen, desgleichen eine Änderung des Gesetzes über die Vermögensabgabe, die die Verlängerung einer mit 8. Mai d. J. abgelaufenen Frist betrifft.

Die Vorlage über die Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse im Grenzgebiet wurde durch die Entscheidung des Obersten Verwaltungsrates veranlaßt, daß Verträge mit anderen Staaten, soweit sie innerstaatliche Rechtsnormen schaffen, eigens in die nach § 49 der Verfassung vorgesehene Gesetzesform gekleidet werden müssen, daß also die bloße Verhandlung solcher Verträge in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen nicht genügt. Es wäre also notwendig gewesen, zur Durchführung der bisherigen internationalen Verträge eine Menge eigener Gesetze herauszugeben, die die innerstaatlichen zivilrechtlichen Verhältnisse analog den Bestimmungen dieser Verträge zu regeln hätten. Dabei bestimmt die heutige Vorlage, daß die Bestimmungen der internationalen Verträge über die Re-

gelung der Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse, in den Grenzgebieten, denen die Nationalversammlung zugestimmt hat, durch ihre Verkündung in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen Gesetzeskraft erlangen.

Die zweite Lesung des Alimentationsgesetzes und eine Fristverlängerung an das Abgeordnetenhause (Volksparlamentsvorlage) füllten den Rest der Sitzung aus.

Im Druck vorgelegt wurden u. a. zwei Anträge der tschechischen Agrarier, wovon der eine die Einführung einer Ausgabekontingentsabgabe auf Getreide, Wehl und Mahlprodukte ausländischen Ursprungs verlangt, die sich am 15. Dezember im tschechoslowakischen Zollgebiet befinden. Die Abgabe soll den im Gesetz vom 5. Juni 1930 vorgesehene Zollzuschläge gleichkommen. Diese Zuschläge, die bis zum Ablauf des ungarischen Handelsvertrages am 15. Dezember d. J. nicht aktiviert werden können, sollen bekanntlich die Getreide- und Wehlpreise auf die Basis des letzten fünfjährigen Durchschnittes, vermindert um 11 Prozent, erheben, sind jedoch nach oben begrenzt, und zwar bei Weizen mit 25 K, bei Roggen mit 30, bei Wehl mit 75, bei Gerste mit 36 und bei Hafer mit 34 K pro Zentner. Nach dem positiven agrarischen Antrag soll diese Begrenzung der Zuschläge nach oben künftig wegfallen, so daß also durch die Zuschläge der Weizenpreis etwa auf 190, Roggen auf 165, Gerste auf 150 und Hafer auf 146 K pro Zentner stabilisiert würde. In der Begründung wird angeführt, daß man der Spekulation die erhöhte Einfuhr ausländischen Getreides und Wehl vor dem 15. Dezember erschweren müsse. So seien im August d. J. 300.000 Zentner Weizen eingeführt worden gegenüber 166.000 in derselben Zeit des Vorjahres.

Nächste Sitzung morgen Freitag um 9 Uhr früh. Tagesordnung: Weihnachtzulage für Angestellte (13. Monatsgehalt) und zweite Lesungen.

Unsere Stellung zum Staatsvoranschlag.

Rede des Genossen Hadenberg im Budgetausschuß.

Prag, 9. Oktober. Im Budgetausschuß setzte heute Genosse Hadenberg in eingehender Weise unsere, durch die Beteiligung an der Regierung gegebene Stellung zum Staatsvoranschlag auseinander, wobei er die schweren Bedenken, die wir gegen die Gesamtaufteilung der Lasten und so manches Kapitel erheben müssen, durchaus nicht verschwiegen oder beschönigte. Er führte u. a. aus:

Wir sind in der Regierungskoalition und tragen mit die Verantwortung für den Staatsvoranschlag. Aber wir müssen vorausschicken, daß wir mit ihm in seiner Gänze nicht einverstanden sein können. Er entspricht nicht nur nicht unseren Grundfahen, sondern auch nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Wir haben Ursache, unzufrieden zu sein nicht nur mit der Ausbringung der Mittel, sondern auch mit der Art ihrer Verteilung.

Es haben schon die Redner der tschechischen Genossen die ungleiche Belastung der Bevölkerung aufgezeigt und auseinandergesetzt, wie arg insbesondere die arbeitende Bevölkerung belastet wird.

Der heutige Staatsvoranschlag ist sowohl hinsichtlich der Einnahmen, wie der Ausgaben bedeutend höher und Reserven, wie sie bisher erzielt werden konnten, sind 1931 nicht zu erwarten. Wir begrüßen es, daß man heute sich bemüht hat, bei den Einnahmenschnitten dem wahrscheinlichen Ertrag etwas näher zu kommen als früher, und nicht durch die Schaffung stiller Reserven zur Verschleierung des Budgets beiträgt. Die Gegenüberstellung der einzelnen Steuerarten können wir allerdings nicht so vornehmen, wie es der Finanzminister tut. Wenn wir die Belastung der Bevölkerung wirklich erachten wollen, müssen wir alle Steuern berücksichtigen, die die Verbraucher belasten. Bei einer solchen Zusammenfassung können wir darauf, daß sich in unserer Steuerpolitik nichts geändert hat, daß 80 Prozent der Staatseinnahmen von den Verbrauchern, von den armen Schichten der Bevölkerung, aufgebracht werden.

Noch ärger aber ist es um die Ausgaben-seite bestellt. Auch hier sind die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung nicht angemessen berücksichtigt. Die unproduktiven Ausgaben wurden nicht entsprechend gedrosselt.

Unser Bestreben muß dahin gehen, daß der Aufwand für den Militarismus herabgesetzt, daß aber auch durch Verkürzung der Dienstzeit eine weitere Entlastung der Bevölkerung herbeigeführt werde. Mit ganz besonderer Schärfe müssen wir gegen die Budgetüberschreitungen des Verteidigungsministeriums Stellung nehmen.

Genosse Hadenberg kritisiert dann die Ermächtigung zur Beschaffung von 150 Millionen im Kreditwege zur Liquidierung der Verrentungsaktion im Fernen Osten und verlangt Aufklärung darüber, wieso ein derartiger Verlust entstehen konnte und warum seit dem Jahre 1921 bis heute über diese Posten keine Aufklärung gegeben wurde.

Herr Wray-Carling hat die Erhöhungen für Pensionen, Weihnachtseremerationen und für Reorganisation, ferner beim Kapitel Schulwesen, öffentliche Arbeiten und soziale Fürsorge als „Selbstverständlichkeiten“

hingestellt, hat aber unterlassen, zu bemerken, daß diese Selbstverständlichkeiten schon viel früher aktuell gewesen wären. Hätte man sie schon unter

der Bürgerblockregierung berücksichtigt, dann wäre das Gleichgewicht der feinerseitigen Voranschläge, das Wray-Carling als Verdienst der Bürgerblockregierung hingestellt hat, ohne Erhöhung der Einnahmensseite eben nicht zu erhalten gewesen. Es ist selbstverständlich im Interesse der Bevölkerung, daß endlich das begangene Unrecht an den Staatsangestellten und Altpensionisten beseitigt und ihren Forderungen wenigstens zum Teil Rechnung getragen wird. Wir haben selbstverständlich auch nichts dagegen, wenn das Ministerium für öffentliche Arbeiten höher dotiert wird, indem die Beträge für produktive Arbeiten erhöht werden. Wir haben nur die Befürchtung, daß das alles noch zu wenig ist, um eine Linderung der Krise herbeizuführen. Herr Wray-Carling ist die Sparsamkeit beim Kapitel „Soziale Fürsorge“ unbegreiflich. Ich vermute kein Geheimnis, wenn ich feststelle, daß es an Bemühungen nicht gefehlt hat, eine reichere Dotierung dieses Ministeriums herbeizuführen. Die Zusammensetzung der Koalition bringt es mit sich, daß wir unsere Forderungen nicht ganz durchzusetzen imstande waren.

Genosse Hadenberg beschäftigt sich dann mit den Darlegungen des Finanzministers über die Zahl der Arbeitslosen

und der beschäftigten Arbeiter und erklärt, daß die zugrundeliegenden Ziffern aus den Ausweisen der Nationalbank falsch berechnet wurden. Nach den Ziffern der Zentralsozialversicherungsanstalt ergibt sich, daß im Mai 1930 nur 2.589.000 beschäftigte Personen gezählt wurden, also um rund 100.000 weniger, als der Minister in seinem Exposé anführt. Es ist also nicht richtig, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter seit dem Mai des Vorjahres noch gestiegen ist; sie hat sich in Wirklichkeit bedeutend verringert. Auch die Zählung der Arbeitslosen umfaßt bei weitem nicht alle. Die Zahl der Arbeitslosen ist bedeutend größer, als die der Meldungen bei den Arbeitsvermittlungsstellen, denn dort melden sich nur diejenigen, die in den Genuss der Arbeitslosenunterstützung kommen wollen oder Hoffnung haben, tatsächlich dort Arbeit zugewiesen zu bekommen. Dadurch, daß Arbeitslose angesteuert werden, fallen sie aus der Statistik der Vermittlungsstelle heraus, bleiben aber weiter arbeitslos.

Wir haben die Krise nicht erst jetzt, sondern wir haben Elend und Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch die Einstellung von Betrieben, schon seit langem.

In den Ziffern, die über das Jahr 1928 und 1929 angeführt wurden, kommt dies nicht zum Ausdruck. Wir haben nicht nur mit der Nationalisierung zu rechnen, die von der Großindustrie ohne Rücksicht auf die Folgererscheinungen auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt wird, sondern auch mit der Konzentration des Kapitals und ihrer Folgererscheinungen der Ausföhrung und Stilllegung kleinerer Unternehmungen. Grottan ist keine Einzelerscheinung, sondern solche Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen können wir fast in jedem einzelnen Bezirk feststellen. Ganze Bezirke fallen seit Jahren der vollständigen Verelendung anheim, weil eine BetriebsEinstellung nach der andern erfolgt. Redner verweist namentlich auf den Bezirk Bärn, den größten Elendbezirk in ganz Nordmähren. Trotzdem hatte die Zählung der Arbeitslosen in diesem Bezirk vor der ersten Hilfsaktion des Fürsorgeministeriums eine Ziffer von nur 411 ergeben; es sind natürlich Tausende von Arbeitslosen in

diesem Bezirk, doch gehen sie seit langem nicht mehr zu der Arbeitsvermittlungsstelle, weil es vollkommen zwecklos ist. Auch in Friedland im Böhmerstädter Bezirk, in Böhmen und anderwärts haben Betriebsbeschränkungen die bodenständige Bevölkerung auf das Härteste betroffen.

Noch bedeutend mehr Elend, als durch die Arbeitslosigkeit, wird durch die Kurzarbeit herbeigeführt.

Der Finanzminister hat selbst darauf verwiesen, daß in seinen Exposéziffern die Kurzarbeiter nicht berücksichtigt sind. Daselbe ist auch bei den Ziffern der Zentralsozialversicherungsanstalt der Fall. Das Einkommen dieser Arbeiterschichten ist durch den Ausfall von ganzen Arbeitstagen bedeutend herabgesetzt. Es gibt ganze Industriegebiete, wo die Arbeiter nur die halbe Zeit beschäftigt sind und natürlich auch nur halb entlohnt werden. Bei ihnen ist die Not und das Elend ebenso groß, wie bei den Arbeitslosen. Mit dem Aufstand, der zur Milderung dieser Not bestimmt ist, können wir selbstverständlich nicht zufrieden sein. Durch die Krise wird ferner auch der Anreiz gegeben, die Löhne zu drücken. In vielen Betrieben ist eine Arbeitsmöglichkeit nur bei einem Lohnabbau gegeben. Ich verweise speziell auf die Seidenindustrie in Komerstadt.

Wie trotz aller Maßnahmen, wenn man feststellen muß, daß der Großteil der arbeitenden Bevölkerung der Auswirkung der Landwirtschaftskrise, der Preissteigerungen, nicht teilhaftig wird!

Die Agrarier erklären die Industriekrise als Folgeerscheinung der Landwirtschaftskrise. Dieser Argumentation stimmen wir selbstverständlich nicht zu. Wir haben nicht nur mit der verminderten Absatzmöglichkeit für Industrieprodukte bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu rechnen, sondern vor allem mit der

verminderten Absatzmöglichkeit bei der Masse des Industrieproletariats,

und dies schon seit langer Zeit. Die Bevölkerung verdient nicht so viel, als sie zum Unterhalt braucht. Sie kann sich nicht die notwendigen Industrieprodukte kaufen, naturgemäß aber auch keine landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Mit Recht verwies der Herr Finanzminister auf

die große Spannung zwischen den Preisen im Großhandel und Kleinhandel.

Die Konsumenten sind des Preissturzes nicht teilhaftig geworden; trotz dem Preissturz der landwirtschaftlichen Produkte ist keine Steigerung des Lebensstandards eingetreten. Die Konsumenten sind eben nicht die Nutznießer des Preissturzes in der Landwirtschaft. Das sollte der Staatsverwaltung zu denken geben, damit sie Maßnahmen zur Milderung dieser Verhältnisse ergreife. Ich habe hier nicht nur die Verteuerung durch den Zwischenhandel, sondern auch den Staat als Verteuerer im Auge. Die erwähnte große Preisdifferenz ist nicht in letzter Linie dem Umstand zuzuschreiben, daß der Staat durch seine Steuer- und Tarifpolitik die hohen Preise mitverschuldet. Auch hier wäre Abhilfe notwendig. Dabei müßte allerdings dafür Sorge getragen werden, daß davon nicht der Handel, sondern wirklich der Konsum den Nutzen davontrage.

In der Zeit der Not, in einer Zeit, wo die arbeitende Bevölkerung der Preisherabsetzungen nicht teilhaftig wird, ist die Forderung der anderen Seite unbegreiflich, daß eine Hebung der Landwirtschaftskrise durch Preissteigerungen, Stützungsaktionen und Preissteigerungen herbeigeführt werden soll. Es ist ausgeschlossen, daß eine solche Sicherung für die Masse der Bevölkerung tragbar wäre.

Auch wir, die wir in der Koalition sitzen, haben also alle Ursache, mit dem Staatsvoranschlag unzufrieden zu sein.

Wir sind uns dessen bewußt, welche Opfer wir bringen und welche Verantwortung wir unseren Anhängern gegenüber übernehmen, indem wir für den Staatsvoranschlag stimmen, und welche schwere Belastung für unsere Partei die Stimmenabgabe für einzelne Kapitel bedeutet.

In vollen Zerknirschung der Tragweite alles dessen müssen wir aber, solange wir in der Koalition sind, auch für Ausgabenposten stimmen, die unseren Grundfahen widersprechen, und für Einnahmen stimmen, die wir in der Opposition bekämpft haben, die wir weiter bekämpfen innerhalb der Koalition und für deren Pefeitigung wir mit allen Mitteln eintreten wollen. Wir sind nicht als Optimisten in die Koalition eingetreten. Wir haben den letzten Wahlkampf geführt im Zeichen alles dessen, was die Bürgerkoalition an der arbeitenden Bevölkerung verboden hat, und wir haben bei der Arbeiterschaft volles Verständnis dafür gefunden, daß wir nicht zulassen können, daß nach dem erfolgreichen Kampfe eine neue Bürgerkoalition ersehe, um die Tätigkeit der alten fortzusetzen. Obwohl wir wußten, daß wir bei den Machtverhältnissen innerhalb der Koalition große Erfolge nicht zu erzielen imstande sein werden und viele Belastungen werden auf uns nehmen müssen, haben die Vertrauensmänner unserer Partei uns doch bevollmächtigt, in eine solche Regierung einzutreten.

In nächster Zeit werden die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft, die in unserem Lager steht, darüber zu urteilen haben, ob wir unsere Politik, die wir mit dem Eintritt in die Regierung geübert haben, weiterhin verfolgen, bzw. ob wir trotz der unangenehmen Seiten der Mitarbeit auch weiterhin in der Koalition zu verbleiben haben. Wir betonen, daß es nicht allzu viel an Erfolgen ist, was erzielt wurde, aber

ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es nicht das Ende ist, sondern daß noch weitere Erfolge erreichbar sind, und werde in meiner Hoffnung darauf beharrt, daß unser Verhältnis zu unseren tschechischen Parteigenossen in dieser Zeit, wo wir Schuler an Schuler in gleicher

front stehen, ein besseres geworden ist. Im Kampf führen nicht nur für alle Klassen, die die gesamte Arbeiterklasse direkt interessieren, sondern auch bei den tschechischen Parteien gefunden haben, die insbesondere uns interessieren als Angehörige der deutschen Arbeiterklasse. Dies löst in mir die Hoffnung aus, daß es doch möglich sein wird, auch unter den schwierigen Verhältnissen, unter denen wir jetzt zu kämpfen haben, Erfolge zu erzielen, aber auch die Erkenntnis, daß wir mit Rücksicht darauf die schwere Belastung durch die Budgetannahme auch diesmal noch auf uns nehmen müssen!

Der Finanzminister reagierte sofort auf Hadenbergs Kritik an der 150 Millionen-Anleihe zur Regulierung der Verschuldung. Er gab zu, daß dieser Basis in den Erläuterungen zum Finanzgesetz nicht genügend geklärt sei, und erläuterte die Vorgeschichte dieser zu bedenkenden Verluste, die aus Einläufen der heimkehrenden Legionen in Kupfer und anderen Metallen erwachsen. Bevor diese Bestände in die Heimat geschafft werden konnten, trat ein großer Preissturz ein, so daß die Finanzverwaltung der russischen Legionen riesensummen einbüßte. Der Ministerrat beschloß schon im Jahre 1921, diese Differenz den Legionären zu ersetzen. Erst jetzt nach der Regelung der französischen Schuld könne auch diese Angelegenheit, und zwar günstig für den Staat, ausgeglichen werden.

Die Jugend-Strafgerichtsbarkeit.

Der Rechts- und Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich gestern im Beisein des Justizministers, Genossen Dr. Meißner, mit der Regierungsvorlage über die Jugend-Strafgerichtsbarkeit. Als Sachverständiger war Senator Professor Wilota erschienen.

In der Generaldebatte bezeichnete Genosse Hadenberg die Vorlage als einen unlegitimen Fortschritt, wenn auch einzelne Stellen verbesserungsbedürftig sind.

Tschakow hat unsere Partei eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt. Der in der Vorlage verankerte Grundsatz, so wenig als möglich zu strafen, dafür aber desto mehr zu erziehen, in jeder Richtung, auch beim Strafverzug gewahrt werden. Bedauerlich sei, daß das Fürsorgegesetz als notwendige Vorbedingung, bis zur Ergänzung noch nicht vorgelegt werden konnte. Richter wünsche u. a., daß zum Strafverzug geeignete Anstalten geschaffen werden.

Der Referent Genosse Dr. Winter betonte, daß das Fürsorgegesetz in Vorbereitung ist und es durchaus nützlich sei, schon jetzt die in Verhandlung stehende Vorlage zu verabschieden. Das Gute solle nicht der Feind des Besseren sein.

Hierauf begann die Spezialdebatte des 69 Paragraphen umfassenden Gesetzentwurfes. Verschiedene Anträge unserer Genossen Hadenberg und Schweichart wurden vom Referenten aufgegriffen und fanden Berücksichtigung. Aus der Spezialdebatte ist erwähnenswert, daß Dr. Luschka als Christlichsozialer die Straflosigkeit der Jugendlichen möglichst eingengt (!) wissen wollte, wobei er ausdrücklich auf der „politischen Jugend von heute“ sprach! Auch Dr. Kaibel (DVP) plädierte für eine Verschärfung. Die Verhandlungsmühen schließlich abgedröhrt werden. Es wird längere Zeit dauern, ehe der Entwurf zur Gänze durch beraten sein wird.

Mittwoch Ergosee des Außenministers.

Im Außenausschuß des Senates wurde am Donnerstagabend mit Polen beraten, der die Eigentumsverhältnisse an Wasserleitung, Elektrizitätswerk und anderem städtischem Besitz zwischen den Gemeinden tschechisch-tschechen und polnisch-tschechen sowie ein Zusatzprotokoll zum italienischen Handelsvertrag, der die zollfreie Einfuhr von Frühkartoffeln aus Italien um die Woche vom 23. bis 30. Juni vorlöst, und die den italienischen Zoll auf Verknüpfung um etwa 1000 Kronen pro Zentner erhöht.

In der Debatte sprach u. a. Genosse Dr. Heller, der auch die Frage der Erteilung der Staatsbürgererschaft insbesondere an die Staatenlosen aufwarf. Er ersuchte den Außenminister, in dieser Frage liberaler als bisher vorzugehen, insoweit es sich um eine internationale Regelung handelt, deren Zustandekommen zu beschleunigen.

Zum Zusatzprotokoll mit Italien hob Genosse Dr. Heller hervor, daß hier eine Begünstigung der Agrarier auf Kosten der Industrie stattfindet. In letzterer Beziehung erteilte der Regierungsvertreter befriedigende Aufklärungen.

Minister Dr. Beneš sprach dann zum Vertrag mit Polen, wobei er auch auf das Problem der Staatenlosigkeit zu sprechen kam. Er hob dessen Schwierigkeiten hervor, versprach jedoch, sich für die baldige Regelung dieses Problems einzusetzen.

Am kommenden Mittwoch wird Dr. Beneš im Außenausschuß des Senates sein bereits für heute erwartetes Exposé über die außenpolitische Situation vortragen.

Im Verfassungsausschuß des Senates wurde zur Vorbereitung der beiden von der Regierung eingebrachten Vorlagen über das außerstrittige Verfallsrecht und die neue Komfura- und Ausschließungsordnung je ein Zusatzprotokoll eingebracht. Demjenigen für das Verfahren außer Streitigkeiten gehört auch Genosse Dr. Heller an.

Gegen Pilsudskis Schreckensregime!

Ein müüiger Brief des polnischen Sozialistenführers Dajmiski an den Staatspräsidenten.

Wir haben feinerzeit kurz über das Verbrechen des Sejmpräsidenten Genossen Dajmiski berichtet. Nun liegt uns das Schreiben im Wortlaut vor. Es erscheint uns als wichtig genug, um es — mit wenigen Auslassungen — zu reproduzieren. Gehört doch angesichts des Terrors, den Pilsudski namentlich gegen die oppositionellen Abgeordneten des früheren Sejm hemmungslos wüten läßt, ein entschlossener Mut dazu, um die Regierungsmethoden des zu allem fähigen Marschalls Pilsudski so rückhaltlos aufzudecken und zu brandmarken. Sicher werden diese mutigen Worte des greisen Sozialistenführers ihre Wirkung auch auf jene nichtsozialistischen Nichtverfechter, die — wie Deutschland zeigte —, nur allzu leicht geneigt sind, auf Diktatorengesten und größte Verunglimpfung der Demokratie hinzujucken und solchen großsprecherischen Mauthelden noch zuzujubeln.

Herr Präsident!

Die Ereignisse der letzten Tage veranlassen mich, mich noch einmal an Sie, Herr Präsident, zu wenden. Viele Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens zeigen darauf hin, daß Polen am Rande eines Abhanges angelangt ist, von dem es in den Abgrund der Verwirrung und der Anarchie hinabstürzen kann.

Zwei Tote, beinahe hundert Verwundete und Hunderte von Verhafteten aus den Reihen dieser Bevölkerungsgruppe, mit Hilfe welcher Josef Pilsudski um die Freiheit Polens gekämpft und Polen der Umarmung geschickt hat, Tote, Verwundete und Verhaftete während der Demonstrationen gegen seine Regierung — dies muß eine ernsthafte Warnung sein für alle, die besorgt sind um die Zukunft des Staates und die die Verantwortung für die Geschichte des Landes tragen.

Banditenüberfälle und Elzengerichte rufen einen verächtlichen Stand der Dinge hervor.

Die seit einer Reihe von Jahren angewandten Regierungsmethoden in Polen, die am 14. September zum Blutvergießen geführt haben, sind geeignet, früher oder später das Land schweren Erschütterungen auszusetzen.

Diese Regierungsmethoden haben in den wichtigsten Zweigen des öffentlichen Lebens Kräfte der Vernichtung erschaffen, ohne dabei irgendwelche schaffende Kräfte zu erzeugen.

Jeder gerecht denkende Mensch, mit Ausnahme der verkümmerten Fanatiker, sieht und fühlt das heute, wemgleich nicht jeder den Mut hat zu sprechen.

Verunglimpfung und Verunglimpfung der Verfassung, also des Grundgesetzes des Staates, auf welche noch vor kurzer Zeit der Eid abgelegt wurde, Bruch der Gesetze, die man früher selbst unterzeichnete, Verleumdung und Verleumdung von Ministern und Abgeordneten, an die man sich in den tragischen Augenblicken des Jahres 1920 um Hilfe gewandt hat, Bezeichnung eines Volkes als „Volk der Adolten“, mit Regieren mit Hilfe der Polizei und der Zensur, die man vor einem Vierteljahrhundert selbst bekämpft hat, all das zerstückt in den Herzen vieler willkürlichen Staatsbürger das Vertrauen und die Liebe zum Staate und seiner Einrichtungen.

Weiß denn das Volk nicht, daß die Macht und Würde des Amtes des Herrn Präsidenten nur in der Verfassung begründet ist und sich auf die Verfassung stützt? Kann denn irgendwo in der Welt der Weg zur Freiheit des Landes und zur Macht des Staates durch Verletzung der Menschenwürde, Verletzung des Rechts- und Ehrgefühls, durch Züchtung von Hingelungen und Lakaien und durch Terror und Verunglimpfung erreicht werden? Der Herr kann es glauben, daß bei den Staatsbürgern Polens die Ueberzeugung Platz greifen wird, daß die Regierung zum Wohle des Volkes arbeitet, wenn immerfort der Wahne zu Personen und Institutionen geführt wird, wenn das gesamte öffentliche Leben mit diesem Wahne durchtränkt wird, wenn dieses unglückselige Gefühl die Triebkraft des Regierens und der Inhalt der öffentlichen Auftritte ist.

In einem modernen Staate, der durch die Arbeit, den Willen und die Anhänglichkeit von Millionen getragen wird, ist ein Regieren mit dergleichen Methoden für die Dauer nicht möglich.

Entwürdigung oder völlige Gleichgültigkeit gegenüber öffentlichen Fragen, schwindendes Vertrauen auf die eigenen Kräfte und Unsicherheit der Zukunft, Schwinden des Rechtsgefühls und des Arbeitseifers, Mißmut gegenüber dem Staate und seinen Regierungen und schließlich Flucht vor dem öffentlichen Leben derer, die mit ihrem Geist und Gefühl das öffentliche Leben des Staates unterstützen und erleuchten — dies sind die bereits spürbaren Folgen moralischer Art, Folgen der seit einigen Jahren bei uns angewandten Regierungsmethoden.

Aber wurden etwa anstelle dieser geloderten geistigen und moralischen Bande, die den Bürger mit dem Staate verbinden, die materiellen gefestigt? Wurde etwa das Los der Arbeitermassen gebessert, der Wohlstand des Landes gehoben, eine gerechtere Verteilung des öffentlichen Einkommens vorgenommen? Wurden etwa Tausende von Schulen erbaut, die für das heranwachsende Geschlecht unerlässlich sind? Wurden etwa geeignete Wege errichtet, um den Verkehr und den Abfluß der Landesprodukte zu erleichtern? Wurde etwa der Bauer den Händen des Wucherers und

Verwüsters und der Arbeiter dem finsternen Wohlstand entzogen? oder nicht. Mit einem Wort: wurde etwa ein für die hochwichtigen sozialistischen Probleme gelöst, die ihrer Lösung im Laufe der Jahre Polen harren?

Auch das nicht!

Nach dem Wirtschaftskongress wurde über eine Milliarde Zloty in Form von Budgetüberschüssen herangezogen, wodurch die Steuerlast vergrößert und die Geldflut verhärtet wurde. Man hat es zu einem ungeheuren Gegensatz zwischen den Preisen, die der Produzent für seine Landesprodukte erhält, und den Preisen, die der Konsument zahlt, kommen lassen, dadurch wurden die Löhne von Millionen Menschen auf dem Lande und in der Stadt zugunsten des Kapitals und der Vermittler herabgesetzt. Durch die Erbauung von Repräsentationsgebäuden und prächtigen Direktionsräumen wurde doch das Wohnungswesen Tausender von Arbeiter- und Bauernfamilien nicht verändert. Eine bedeutende Erhöhung der Preise für Monopolerzeugnisse und Zulassung einer eben solchen Preissteigerung für Artikelprodukte (Kohle, Eisen, Zucker usw.) hat die Lage des Arbeiters und Beamten noch verschlechtert, die Wirtschaftskosten des Bauern erhöht und die bereits herrschende Misere noch bedeutend verhärtet.

Viele Beispiele können angeführt werden, die nicht nur von dem schweren Los der arbeitenden Massen, sondern vielmehr von einer planlosen, rücksichtslos leichsinnigen und manchmal sogar geradezu schädlichen Wirtschaftspolitik der „Nachkriegsregierungen“ zeugen. Diese Beispiele sind ersichtlich aus Auftritten der Wirtschaftsorganisationen, aus den Sejmdebatten, aus der Presse. Heute ist die wirtschaftliche „Schaffensfreudigkeit“ ebenso wie die „moralische Sanierung“ zu einem Gleichmaß von etwas direkt Geniegeheim geworden.

Und hier wirken zersetzende Kräfte und werden die Bande gelöst, die den Bürger mit dem Staate verbinden.

Dies ist, in einigen Worten, die Bilanz der Politik der „Nachkriegsregierungen“.

Wie ist dies alles zu erklären?

Vier Jahre Verwirrung und Unfrieden, vier Jahre Verletzung der Autorität und Rechts, vier Jahre Verhinderung der Entwicklung des Landes, vier Jahre der Erzeugung einer Meinung im Auslande über Polen, als einem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten und Ueberraschungen... und die Bevölkerung des Landes weiß nicht einmal, wozu das alles.

Aber die Folge ist, daß Polen in einen Strudel des Chaos hinabgestoßen wird, daß das Land mit immer neuen bankrotierenden Parteien getränkt wird, daß sich an der Macht Leute halten, die diese Mission in einem modernen Staate zu erfüllen nicht imstande sind, Leute, die die Staatsbürger statt erziehen, peitschen wollen und die Schwierigkeiten der

grauen Tagesarbeit zur Festigung der Unabhängigkeit verkennen. All das mit moralischem Verfall, Abneigung der Massen zum Staate und Verwüsterung ihres Glanzes bezahlet, morgen jedoch kann dies noch weit schlimmeres Opfer nach sich ziehen.

Herr Präsident! Schon im November 1929 habe ich in einem Schreiben darauf hingewiesen, daß es nur zwei Auswege aus dieser unerträglichen und gefährlichen Lage gibt: Aenderungen des Regierungssystems oder Neuwahlen. Mit Freuden begrüßte ich daher die Nachricht von der Sejmablösung und von der Ausschreibung der Wahlen auf den 16. November. Die von diesem beispiellosen und sinnlosen Kampfe geplagte Bevölkerung unseres Staates hat diesen Ihren Beschluß, Herr Staatspräsident gleichfalls mit Erleichterung angenommen. Sie — die Bevölkerung — erwartet, daß mit Hilfe dieser freien Willensäußerung dem fortschreitenden Verfall des Staates ein Ende gemacht werden würde. Und daher ist im Lande eine zeitweilige Verhinderung der Bürger eingetreten und in den Herzen der Staatsbürger die Hoffnung aufgeflammt, daß endlich ein Ausgang, ein friedlicher Ausgang, gefunden worden sei.

Leider dauerte das alles nicht lange: die letzten Ereignisse, die Interviews des Herrn Premierministers, die Entführung und Gefangenhaltung der früheren Abgeordneten in der Festung, die Provokationen und banditenhafte Lynchjustiz, zuletzt das Blutvergießen und die Verhaftungen haben diese Hoffnungen bedenklich erschüttert. Gefährliche Wahlen, Wahlen unter Terror und unter Betäubung der öffentlichen Meinung durch Lügen können ein solcher Ausweg nicht sein.

Herr Präsident! Wir sind doch, glaube ich, Altersgenossen und beide wissen wir nicht nur aus der Lektüre der Geschichte, sondern aus eigener Erfahrung, daß der Wille des Volkes, der nicht einen wahren Ausdruck seiner Vertretung findet, sich früher oder später seinen Weg bahnen muß, selbst in einer dem Staate gefährlichen Weise.

Zoll ein so junger Staat wie Polen, der sich in so unheilvoller geographischer Lage befindet und der in einer hinsichtlich der sozialwirtschaftlichen Aufschichtungen so schweren Zeit geboren wurde, auf einen solchen Weg gestochen werden?

Heute liegen sich noch schöpferische und friedliche Auswege finden. Und das wären ethische, legale, trag- und terrorlose Wahlen und eine sofortige Rückkehr zur Geschmähigkeit. Wenn wir diesen Ausweg nicht beschreiten, wenn die Wahlen eine Art der Willkür der Regierenden sein werden, so befürchte ich, daß kommende Geschlechter in uns die Urheber ihres Glanzes sehen werden.

Und weil ich nicht schweigen kann, wende ich mich mit diesem Schreiben an Sie, Herr Präsident, dem verfassungsmäßigen Chef unserer Republik, mit der Petition um Aufhebung des ganzen moralischen und rechtlichen Einflusses, damit am 16. und 23. November 1930 in Polen reine und freie Wahlen stattfinden.

Mit dem Ausdruck allerhöchster Hochachtung
Ignacy Dajmiski,
Sejmarschall der Republik Polen.
Warschau, den 24. September 1930.

Die brasilianischen Rebellen auf dem Vormarsch.

New York, 8. Oktober. Mit der Eroberung von Pernambuco scheint der Aufstand in Brasilien sich nun seinem Höhepunkt zu nähern. Die letzten Nachrichten lassen zweifellos hoffen, daß die Revolutionäre außerordentliche Fortschritte machen. Allerdings wird die große Entscheidung nicht im Norden, sondern in den südlichen Staaten fallen, in welchen die Hauptstädte bevorstehen, die recht schwer zu werden versprechen.

New York, 8. Oktober. Die Associated Press aus Rio de Janeiro meldet, hat die brasilianische Regierung Kriegsschiffe mit Truppenverstärkungen nach Pernambuco entsandt. Dergleichen sind nach Florianopolis Verstärkungen abge-

gangen. Ein genauer strategischer Plan zur energischen Verdrängung der Rebellen im Staate Rio Grande do Sul ist ausgearbeitet worden. Die Massierung darauf Truppenteile in Santa Catarina deutet darauf hin, daß die Regierung beabsichtigt, ihre Aktion zunächst auf den äußersten Süden zu konzentrieren. Inzwischen werden die Abgerangriffe auf Minas fortgesetzt.

Nach einer weiteren Meldung aus Sao Paulo haben die Bundesstruppen auch die Stadt Palmyra in Minas Gracia erobert und rücken auf Barbacena vor, die sie bald ebenfalls zu erobern hoffen. Die Zahl der bei den Kämpfen um die Stadt Pernambuco Gefallenen soll sich auf 150 belaufen.

Hitler wird oppositionell.

Berlin, 9. Oktober. (Eigenbericht.) Aus der absehenden Haltung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung gegenüber den Nationalsozialisten haben die Hitlerianer ihre Konsequenzen gezogen. Wie von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, hat die Reichstagsfraktion der Nationalsozialisten im Reichstag bereits einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brünning eingebracht, angeblich um die Sozialdemokratie zu zwingen, Farbe zu bekennen.

Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu der gegenwärtigen politischen Lage ist in der vergangene Woche veröffentlichten Entschließung niedergelegt. Die sozialdemokratische Fraktion läßt sich in ihren politischen Entscheidungen weder durch taktische Manöver der Nationalsozialisten noch der Kommunisten auch nur irgendwie beeinflussen.

Eine Fraktion der Splitterparteien.

Berlin, 9. Oktober. (Eigenbericht.) In der letzten Zeit haben Verhandlungen zwischen den Splitterparteien stattgefunden mit dem Ziel der Bildung einer gemeinsamen Reichstagsfraktion. Die Unterhandlungen sollen am Montag zum Abschluß gebracht werden. Auch mit den jungbrasilianischen Mitgliedern der Staatspartei haben Verhandlungen stattgefunden. Hier sind aber Schwierigkeiten infolge aufgetreten, als der christlichsoziale „Volksdienst“ von den Jungdeut-

schen vor allem eine Aenderung in ihrer Haltung gegenüber der Reichswehr fordert.

Nachfeldzug gegen Sozialdemokraten.

Berlin, 9. Oktober. (Eigenbericht.) Die Sozialdemokratische Regierung in Braunschweig hat alle sozialdemokratischen Kreisdirektoren zum 1. April 1931 pensioniert. In dem Begleitschreiben wird den Beamten ferner mitgeteilt, daß sie sich sofort aller Diensthandlungen zu enthalten hätten; auch müßten sie die Amtsstämme sofort verlassen.

Der Nachfeldzug des Sozialdemokratischen Blattes gegen die wendigen sozialdemokratischen Beamten des Freistaates hat also begonnen!

Der englische Parteitag.

London, 9. Oktober. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des englischen Parteitages wurde von den Unabhängigen ein Antrag eingebracht, der fordert, daß die Regierung ihr Amt eines Polizisten des Imperialismus in Indien niederlegen solle. Oberst Kenworthy erklärte, der Antrag würde die Regierung nur daran hindern, eine ephemerische Lösung der indischen Frage zu finden. Dagegen schlug er vor, Lord Irwin durch einen der Arbeiterpartei angehörigen Vizekönig zu ersetzen. Man könne sich in Indien keinen konservativen oder liberalen Vizekönig mehr leisten. Der Antrag der Unabhängigen wurde vom Parteitag mit großer Mehrheit zurückgestellt.

Tagesneuigkeiten.

Notlandung des „Junfer 6 38“.

Bukarest, 9. Oktober. Das deutsche Junkerflugzeug „G 38“, das zu einem Flug nach Warschau in Bukarest aufgestiegen war, um seinen Weg über Constanza zu nehmen, mußte unterwegs notlanden, da der Motor beschädigt wurde. Bloß durch das rechtzeitige Lösen des Apparates konnte eine Explosion hintangehalten werden. Das Flugzeug wartet in Ramasa das Eintreffen von Ersatzmaterial ab.

Die Untersuchung des Dresdner Flugunglücks.

Berlin, 9. Oktober. Das Weisliche Büro meldet: Die vom Reichsverkehrsminister angeordnete Untersuchung des Flugzeugunglücks bei Dresden hat ergeben, daß das Unglück nicht durch technische Mängel des Flugzeuges „D 1030“ verursacht worden ist. Nach Feststellung der Untersuchungskommission entsprechen die Abmessungen des Flugplatzes Dresden-Dellert zwar den gesetzlichen Bestimmungen, der Platz bietet aber infolge der unregelmäßigen Bodengestaltung seiner Umgebung und der dadurch bedingten ungünstigen atmosphärischen Verhältnisse bei Start und Landung von Flugzeugen besondere Schwierigkeiten.

Der Gleitflug, zu dem das Flugzeug „D 1030“ vor der beabsichtigten Landung ansetzte, führte durch die ungewöhnlich turbulenten Luftströmungen, die im Anschwemgebiet des Flughafens über den bewaldeten Höhen und dem Bruchgrund herrschten. Hierbei ist die Windgeschwindigkeit des Flugzeuges wohl unterschritten worden. Das Flugzeug geriet dadurch in eine unabsichtliche Dreibeigenbewegung (Trudeln), aus der es vom Führer nicht mehr ausgerichtet werden konnte und stürzte schließlich senkrecht zur Erde.

Auf Grund des Unfalles wird geprüft werden, ob der Flughafen Dresden-Dellert weiter derart verbessert werden kann, daß er auch bei ungünstigen Witterungsverhältnissen die volle Verkehrssicherheit gewährleistet.

Der Reichsverkehrsminister hat zunächst die beteiligten Luftverkehrsgesellschaften angewiesen, im regelmäßigen Luftverkehr den Flugplatz Dresden-Dellert bis auf weiteres nicht mehr anzufliegen.

Infolge der Sperrung des Dresdner Flughafens wird die Linie Berlin-Brag-Wien vorläufig ohne Landung in Dresden in ununterbrochenem Flug Berlin-Brag durchgeführt.

Ueberschwemmungen

des Rheins und seiner Nebenflüsse.

Köln a. Rh., 9. Oktober. Zeit einigen Tagen steigen der Rhein und seine Nebenflüsse ständig an. Während Koblenz und Trier Steigerungen von annähernd einem Meter aufweisen, ist der Rhein bei Köln seit vorgestern von 2,25 Meter auf 4,73 Meter gestiegen. In Duisburg stieg das Wasser seit gestern um 1,88 Meter. Die Mosel führt seit zwei Tagen Hochwasser. Bei Trier hat das Wasser bereits die linke Stadtseite überschwemmt, die rechte Stadtseite wird gegen das Hochwasser durch Schutzdämme geschützt. Der Fährbetrieb ist eingestellt. Die Moselleinbahn hat ihren Betrieb zwischen Zeltingen und Anbel einstellen müssen.

*

Frankfurt a. M., 9. Oktober. Der Rheinwasserstand hat bereits eine solche Höhe erreicht, daß das Verbot der Flußschifffahrt in Kraft treten mußte. Man rechnet sogar damit, daß bei der Rheinstrombauverwaltung heute der Hochwasserdienst eröffnet wird. Gestern abends erreichten die Fluten der Mosel nahezu den Rand der unteren Moselwerftstraße in Koblenz. Die Koblenzer Schiffsbrücke ist gestern vormittags auf der Ehrenbreitener Seite verlängert worden. Besonders stark sind infolge der wolkenbruchartigen Regengüsse die Gebirgsflüsse gestiegen. Im Oberrhein hat die Mobau weite Strecken völlig überschwemmt. Das Hochwasser der Kinzig hat die Orte Rüdigen und Langenbach von der Bahnstation Niederrosenbach abgeschnitten. In Bensheim an der Bergstraße wurde der untere Stadteil völlig überschwemmt. Bei dem Versuch, die Schleusen zu öffnen, ertrank der Sohn des Bürgermeisters in den Fluten.

Judenhaffer retten sich in eine Synagoge!

Unser Frankfurter Mitarbeiter schreibt uns:
Ganz Frankfurt lacht! Wie über einen guten Witz! Doch der Wahrheit die Ehre: Nicht einmal ganz Frankfurt! Ein Zehntel heult vor Wut. Und das sind die, die „Nieder mit den Juden“ schreien. Was geschah?
Montag nachmittag war ein Lustquart mit etwa dreißig Stahlhelm-Leuten auf der Rückkehr von Koblenz, zu Besuch nach Frankfurt gekommen. Die Leute verließen am Römerberg das Auto, lehrten in einer bekannten Apfelweinwirt-

schaft ein und unternahmen einen Spaziergang durch die Altstadt. Bald wurden sie von Kommunisten verfolgt und angegriffen. Zwei der Stahlhelmer erlitten Verletzungen. In ihrer Not flüchteten sie gegen 18 Uhr in die Synagoge am Börneplatz. Hier war gerade Gottesdienst. Die Gemeinde feierte ihr Jahrestagesfest. Die Erinnerung daran, da vor unendlichen Zeiten das Judentum nach der Flucht aus Ägypten 40 Jahre in der Wüste in einfachen Hütten leben mußte.

Die Judenhaffer des Stahlhelms flüchteten aus Furcht vor dem Kampf mit den Kommunisten in die Synagoge, schrien die darin versammelten Synagogenleiter um Schutz an, da sie solche große Angst vor möglichen kommunistischen Hieben hätten. Sie sagten sich wohl:

„Besser ein Jude schützt uns, als daß uns ein Kommunist ein blaues Auge haut!“

Der Synagogendiener ist ein braver Mann. Und ein kluger Mann, der weiß, was zweckmäßig ist. Er schob den großen Kiesel der Haupttür vor, damit die Verfolger der wackeren Stahlhelmeute nicht eindringen konnten. Schob die deutschen Helmen in einem Nebenraum der Synagoge, damit sie den Gottesdienst nicht stören konnten, läutete die Polizei an, die bald erschien und den Feinden der Republik republikanischen Schutz angedeihen ließ!

Die jüdenfeindlichen Stahlhelmer dankten den Frankfurter Juden für den freundlich gewährten Schutz!

Und empfahlen sich!

Sie dankten, weil die jüdische Laubhütte den Judenhaffern zur Schutzhütte geworden.

Und einer der Stahlhelmeute sagte auf der Heimfahrt zu einem Gefinnungsgenossen:

„Die Juden sind bessere Leute als die bösen Kommunisten!“

„Und bessere, als Ihr Stahlhelmer und die Nazis! Denn wenn verfolgte Juden zu Euch in einer Eurer Versammlungen Schutz gesucht hätten, wärt Ihr bestimmt über sie hergefallen!“ meinte einer der Schutzpolente, die die deutschen Helmen beschützten.

„Und“, hätte man hinzufügen können, „so schlimm ist es ja auch gar nicht, daß Ihr Euch von den Juden beschützen ließt! Hört selbst läßt sich von dem englischen Lord Rothermere, geborener Herr Stern aus Galizien alle denkbare mögliche Unterstützung zuteil werden. Und brüstet sich seiner Freundschaft mit dem ehemaligen Juden Stern. Da könnt Ihr Euch ja auch von den Frankfurter Juden in deren Synagoge vor den bösen Kommunisten schützen lassen!“

Wie ich eben aus sicherer Quelle erfahre, soll die Bundesleitung des Stahlhelms beschlossen haben, der jüdischen Gemeinde der Frankfurter Synagoge am Börneplatz einen größeren Geldbetrag zur beliebigen Verwendung zu überweisen. Der Synagogendiener aber wurde wegen seines tatkräftigen Eingreifens zum Schutze der Stahlhelmsbrüder zum Ehrenmitglied des Stahlhelms ernannt.

Es geschähe in diesen Tagen des bitteren Ernstes wahrlich noch Wunder!

Und so traumig das Leben des Jahres 1930 ist, haben wir doch noch Grund, wieder Mal aus vollem Herzen zu lachen und uns zu freuen!
Gustav Gibim.

Ziehung der Klassenlotterie vom 9. Oktober.

90.000 K:	49.987.
70.000 K:	46.839.
20.000 K:	9376, 49.932.
10.000 K:	34.383, 107.006.
5000 K:	42.421, 50.247, 52.826, 62.801, 68.823, 76.890, 82.061, 91.392, 100.441, 136.757.
2000 K:	5450, 7181, 8343, 12.034, 12.242, 14.875, 15.461, 21.961, 22.515, 31.954, 32.493, 37.527, 40.063, 41.189, 47.855, 49.422, 51.982, 53.753, 55.010, 56.356, 67.229, 68.185, 74.012, 81.762, 95.938, 96.388, 101.701, 101.471, 105.086, 105.377, 109.864, 119.379, 129.893, 135.598, 135.519, 140.593, 142.065, 142.641, 146.562, 148.645.
1000 K:	4205, 5112, 5863, 8023, 8104, 9234, 13.490, 13.595, 15.598, 19.054, 20.269, 21.403, 22.867, 23.295, 25.351, 26.709, 27.247, 28.911, 30.388, 32.311, 32.503, 34.980, 35.086, 37.290, 37.351, 42.975, 43.314, 46.519, 48.873, 48.758, 49.065, 51.296, 52.158, 53.462, 54.475, 56.533, 56.801, 58.788, 59.211, 59.579, 60.136, 60.454, 60.409, 71.062, 74.886, 76.344, 77.276, 78.105, 78.144, 79.055, 79.479, 79.899, 81.788, 82.193, 82.850, 83.003, 89.925, 92.842, 94.256, 96.711, 98.121, 98.918, 98.934, 98.222, 99.697, 99.792, 100.158, 100.434, 100.931, 102.077, 105.589, 106.503, 109.306, 109.837, 111.846, 112.415, 112.609, 113.965, 116.029, 116.326, 117.681, 118.069, 118.169, 120.735, 124.042, 125.202, 125.258, 125.787, 125.888, 125.900, 126.573, 128.965, 129.029, 131.528, 132.521, 133.052, 133.629, 138.162, 139.117, 147.522, 148.151, 149.432.

Eine Enquete des Bodenamtes findet am Donnerstag, den 16. Oktober l. J., im Bodenamtsamt in Prag (Wenzelsplatz) statt. Zu dieser Enquete wurden auch die Interessentenverbände der Selbstverwaltungskörper eingeladen. Für den Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper werden ebenfalls zwei Vertreter an dieser Enquete, die sich hauptsächlich mit der Waldboden-zuteilung beschäftigen wird, teilnehmen.

Elise Altenhoven, die im Prag-Pariser Schnellzuge den Chemiker Eugen Fieber erschoss, wurde neuerlich vom Untersuchungsrichter verhört. Sie zeigt keinerlei Reue, erklärt aber, daß sie sich den Revolver nur gekauft habe, um Selbstmord zu begehen. Nach dem Verhör wurde sie in das Gefängnis in Rancy eingeliefert. Frau Fieber teilte durch Vermittlung eines Dolmetschers mit, daß ihr Gatte mit der Altenhoven während der Fahrt einige aufregende Unterredungen gehabt habe. Worum es sich gehandelt habe, wisse sie nicht, da sie nicht französisch verstehe. Nach dem Begräbnis Fiebers, das in Cham-

pigneulles stattfindet, wird Frau Fieber in die Tschechoslowakei zurückkehren. Wie „Le Journal“ mitteilt, hat Elise Altenhoven vor Austritt der Prager Reise für ihren ehemaligen Geliebten Fieber in der Wohnung, wo sie als Dienstmädchen beschäftigt war, ein Schreiben hinterlassen, in welchem es heißt: „Ich suche den ewigen Frieden, und es ist möglich, daß ich glücklich sein werde. Verzeiht mir und schüthet mich vor bösen Jungen!“ Die Brotgeberin der Altenhoven erklärte vor dem Untersuchungsrichter, sie sei der Meinung gewesen, die Altenhoven wolle Selbstmord begehen. Sie habe auch in dieser Richtung nachforschen lassen. Erst aus den Zeitungen habe sie erfahren, worum es sich in Wirklichkeit handelte.

Professor Picard hat seinen Flug auf unbestimmte Zeit verschoben, da nach den vorliegenden Meldungen die Wetterlage sich auf Wochen ungünstig gestalten wird. Picard, der seit Kurzem wegen einer Erkältung das Bett hüten muß, wird in den nächsten Tagen Augsburg verlassen, um in Brüssel besseres Wetter abzuwarten. Der Start kann auch im Winter erfolgen, da die Kälte weder auf die Füllung des Ballons, noch auf die beiden Jahrer in den Lüften nachteilig wirkt. Ballon und Hülle bleiben startbereit in der Ballonfabrik Niedinger in Augsburg verwahrt, so daß innerhalb 24 Stunden der Start erfolgen kann.

Verhaftung gefährlicher Kasseneindrehler. Die Gendarmerie in Příbram und Kladno nahm Mittwoch zwei gefährliche Kasseneindrehler fest und zwar Anton Knop und Franz Hájek aus Kladno, welche in die Kasse des Rektors der Bergbauhochschule in Příbram einbrechen wollten. Die Verbrecher fuhrten gemeinsam nach Příbram, einer von ihnen ging ins Rektorsgebäude, wo eben die Insriptionen stattfanden und fragte einen der Hörer, in welchem Lokal sich die Kassa befindet. Er gab an, er habe einen Bruder bei der Insription. Der Hörer sagte Verdacht und machte die Gendarmerie aufmerksam, die den Kasseneindrehler in einem Gasthaus in Příbram festnahm. Nach langem Verhör gestanden beide, daß sie in die Rektorskasse einbrechen wollten, da sie wußten, daß während der Insriptionen dort Geld sei. Die Gauner hatten ihre Einbrecherwerkzeuge in einem Kiosk am Bahnhof in Příbram versteckt. In der Rektorskasse befanden sich 32.000 K.

Notstandsbauten im Falkenauer Bezirke. Wie uns aus Falkenau a. d. E. gemeldet wird, bewilligte der dortige Bezirksausschuß in seiner letzten Sitzung die Aufnahme zahlreicher Gemeindeforderungen zur Durchführung von Notstandsbauten, u. zw. der Gemeinde Steinbach für einen Schulerweiterungsbaue, der Gemeinde Mariakulm, für einen Schulhausaufbau, der Gemeinde Königberg zum Um- und Zubau der Staatsfachsche für Holzbearbeitung, der Gemeinde Rogerau für einen Kleinwohnungsbau, der Gemeinde Pochlowitz und der Gemeinde Zwobau zu den gleichen Zwecken. Die Höhe der Gesamtdarlehen beläuft sich auf etwa 4 Millionen Kronen.

Erdbeben in Elbogen. Wie uns aus Elbogen berichtet wird, ereignete sich dort ein seltenes Unglück, das nur durch einen glücklichen Zufall ohne ernste Folgen blieb. Durch Unterwahrung, herbeigeführt von dem anhaltenden Regen, stürzte ein Teil der Böschungsmauer der Karlsbader-Straße, auf welcher gegenwärtig Renovationsarbeiten durchgeführt werden, in einer Breite von etwa sieben Metern ein, und Erdmassen und Felsstücke rollten auf die beiden unterhalb der Einsturzstelle liegende Häuser des Zeilermeisters Teška und seines Nachbarn Günther, wobei ein Schuppen und ein Wagen völlig zertrümmert wurden. Die Wucht der Moräne wurde gemildert dadurch, daß ein hinter dem Hause des Zeilermeisters Teška neuerbautes Häuschen die über die Böschung herabrollenden Erd- und Felsmassen zum Stillstand brachte; freilich ging das Häuschen dabei selbst unter dem Anprall der stürzenden Massen in Trümmer. Es ist kein Zweifel, daß die Bewohner der unter der Bruchstelle liegenden Häuser zu Schaden gekommen wären, wenn nicht das Häuschen auf dem Hang, die Erd- und Steinlawine aufgefangen hätte.

Freie Stellen. Das Deutschpolitische Arbeitsamt weist folgende freie Stellen aus: Mehrere Distriktsarztstellen im deutschen Sprachgebiet, zwei Arztstellen in Sprachengemeinden, mehrere Stellen für Vermessungsingenieure und Geometer mit oder ohne Praxis, Stellen für Rechtschreiber mit 3 Staatsprüfungen, eine Verwalterstelle an einem Krankenhaus, vier Straßentrümmersche, die Direktorstelle an einer Mädchennormalschule, eines Physikers für den Eididienst. — Auskunfts (Märkte): Deutschpolitische Arbeitsamt, Prag II—859, Deutsches Haus.

Waisentoten in Prag des „A 101“. Neuter berichtet aus Beauvais, daß im Brack des Luftschiffes „A 101“ im Maschinenraum gemachte Notizen, die mit Bleistift auf eine Tafel gekritzelt waren, gefunden worden sind. Man weiß nicht, in welcher Reihenfolge sie geschrieben wurden und welche Bedeutung ihnen, wenn überhaupt, für die Aufklärung der Katastrophe zukommt. Eine der Notizen lautet: „Es sieht so aus, als ob etwas brennt. Alles voll Rauch!“

Die Opfer des Luftmilitarismus. Bei der englischen Stadt Woodbridge in Suffolk wurde heute ein Mechaniker getötet, als ein großes Bombardierungsflugzeug sich nicht entsprechend vom Boden los-

Vom Rundfunk.

Empfehlenswertes aus den Programmen. Samstag.

Prag: 11.15—12.00 Klaffische Sommermusik, 18.25—19.00 Deutsche Sendung, Aktuelle Sternstunden, Das deutsche Lied zur Gitarre. — Wien: 11.15—12.00 Schallpl., 16.30—17.30 Musiksendungen, 18.20—18.35 Deutsche Sendung, 19.00—19.15 Musiksendungen, 19.15—19.30 Klaffische Musik, 19.30—19.45 Musiksendungen, 19.45—20.00 Musiksendungen, 20.00—20.15 Musiksendungen, 20.15—20.30 Musiksendungen, 20.30—20.45 Musiksendungen, 20.45—21.00 Musiksendungen, 21.00—21.15 Musiksendungen, 21.15—21.30 Musiksendungen, 21.30—21.45 Musiksendungen, 21.45—22.00 Musiksendungen, 22.00—22.15 Musiksendungen, 22.15—22.30 Musiksendungen, 22.30—22.45 Musiksendungen, 22.45—23.00 Musiksendungen, 23.00—23.15 Musiksendungen, 23.15—23.30 Musiksendungen, 23.30—23.45 Musiksendungen, 23.45—24.00 Musiksendungen.

lösen konnte. Das Flugzeug schlug auf die Erde auf und der Mechaniker wurde durch den Motor zerschmettert, drei andere Angestellte des Flugplatzes kamen ohne Unfall davon.

Familientod aus Rot. In Storaskövi (Schweden) tötete die Frau eines Waldarbeiters ihre vier Kinder durch Ertränken und beging dann Selbstmord. Vermutete Ursache: wirtschaftliche Not.

Freitod eines Kunstmalerehepaars. Das Kunstmalerehepaar Greve in Bad Reichenhall hat sich in selbstmörderischer Absicht in den Inn gestürzt. Trotz sofort angestellter Rettungsversuche konnten beide nur als Leichen geborgen werden. Wirtschaftliche Not ist die Ursache des tragischen Freitodes.

Doppeltes Todesurteil. Das Essener Schwurgericht verurteilte am Mittwoch nachmittag zwei jugendliche Erwerbslose aus Linden-Dalhausen bei Essen wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode. Weil sie Geld für ein Armesvergnügen haben wollten, erschlugen die Mörder ihren 22jährigen Jugendfreund, den sie in einen Keller gelockt hatten, mit der Axt. Den jugendlichen Verbrechern waren bei ihrer Tat fünf Mark in die Hände gefallen.

Hinrichtung eines Massenmörders. In San Francisco fand die Hinrichtung des Farmers Gordon North statt, der angeklagt war, 15 Kinder getötet und ihre Leiche auf seiner Farm verscharrt zu haben, North, der in Kanada geboren ist, hat Großeltern aus der britischen Aristokratie beiseite. Seine Mutter, die wegen Beihilfe zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden ist, versuchte vergeblich ihn zu retten, indem sie ihn für unschuldig an den Mordtaten erklärte.

Neuzeitliche Obstverwertung. Um auch in Böhmen unter den Landwirten für die Erzeugung von unergorenen Apfelsüßmost zu werben, dessen Verbrauch in der Schweiz und in Deutschland sehr verbreitet ist, veranstaltet die Zentralfstelle der deutschen Entlastungsvereinigungen Prag, gemeinsam mit dem Obst- und Gartenbauverein für das deutsche Elbtal und der Obst- und Weinbauvereine in Leitmeritz, an dieser Anstalt am 21. und 22. Oktober einen Lehrgang für gärungslose Obstverwertung, mit praktischen Versuchen der Herstellung von Apfel- und Traubensüßmost. Anmeldung an die Direktion der Obst- und Ackerbauvereine in Leitmeritz.

Kraber und Christen in Palästina. Aus Jerusalem wird gemeldet: Fünf mohammedanische Kraber, darunter drei Frauen, wurden wegen Ermordung des Redakteurs eines christlichen Tagblattes dem Gerichte eingeliefert. Dieser Mord ereignete sich anlässlich der letzten Zusammenkünfte zwischen christlichen und mohammedanischen Krabern wegen des Eigentumsrechtes an einem Friedhofe.

Auto und Eisenbahn. Bei einer Eisenbahnüberführung bei Auch in Südfrankreich wurde ein mit fünf Personen besetztes Automobil von einem Lokomotive erfasst und zermalmt. Drei Personen kamen ums Leben.

Selbstmord eines Liebespaars. Im Walde bei Piskowitz im Gerichtsbezirke Prerau fand ein Eisenbahnangestellter beim Schwämme sammeln die Leichen eines jungen Mannes und eines Mädchens. Aus hinterlassenen Briefen wurde festgestellt, daß es sich um den 24 Jahre alten J. Dorazil aus Dejwiz und die 19jährige Sophie Cerny, ebenfalls aus Dejwiz, handelt. Die Tragödie muß sich schon vor einigen Tagen abgespielt haben, da die Leichen bereits in Verwesung übergegangen waren. Dorazil erschoss zuerst seine Geliebte, bettete sie auf Laub, betlegte ihren Körper mit Heiligenbildern und gab ihr einen Rosenkranz in die Hände. In einem an seine Mutter gerichteten Briefe schreibt Dorazil, daß sie beide sterben, weil die Mutter ihre Bekanntschaft nicht wünsche.

Jugentleistung bei Branik. Die Staatsbahndirektion Prag-Süd teilt mit: Bei dem Personenzug Cule-Agl. Weinberge Nr. 3629 entgleiste am Donnerstag bei der Einfahrt in die Station Branik - Hodkowitz bei der Weiche der Dienstwagen, was eine Entgleisung der drei nächsten Personenwagen zur Folge hatte. Von den Passagieren wurde niemand verletzt. Der Zugführer erlitt leichte Verletzungen am Bein. Durch den Unfall wurde der Zugverkehr zwischen den Stationen Branik-Hodkowitz-Mladan auf die Dauer von vier Stunden unterbrochen. Die Ursache des Unfalles wird untersucht.

Mißbrauch des Telefons. Die Prager Post- und Telegraphendirektion teilt mit: In der letzten Zeit wurde die Verwaltung der automatischen Telephonzentrale in Prag wiederholt um Feststellung der Personen ersucht, welche das Telephon mißbrauchen und in unzulässiger Weise die Prager Telephonentelephonisten beeinträchtigen. Die Staatstelephonverwaltung legt voraus, daß der Mißbrauch nicht mit Zustimmung der Teilnehmer geschieht, die sich ihrer Verantwortung bei der Staatstelephonverwaltung, den übrigen Abonnenten und der Öffentlichkeit gegenüber bewußt sind. Trotzdem macht die Telephonverwaltung die Teilnehmer auf die Bestimmungen des § 36, Abs. 1 b, der Telephonordnung vom 27. Oktober 1924 aufmerksam, wonach sie berechtigt ist, nach vorhergehender Verwarnung den Betrieb der Telephonentelephonisten ohne Kündigung einzustellen, eventuell sie ganz aufzulassen, wenn eine mißbräuchliche Verwendung des Telefons nachgewiesen worden ist. Die Nummern der mißbräuchlich benutzten Telephonstationen lassen sich mittels der technischen Einrichtungen in der automatischen Telephonzentrale feststellen. Durch ihre Bekanntgabe an die beschuldigte Partei wird dem Täter dieser die eventuelle strafgerichtliche Verfolgung des Täters ermöglicht.

Tollwutfall in Zizlow. Ende August l. J. hat sich aus einer Fabrik in Zizlow ein grauer fischblauer Staltpintfisch, ungefähr 8 Jahre alt, 50 Zentimeter hoch, mit lappigem Schwanz, verkauft und wurde nach drei Wochen dem Besitzer zurückgestellt. Er erkrankte kurze Zeit darauf, bis zu einem Angestelltem der Fabrik übergeben, wo er am 3. Oktober einging. Da Hundwut nicht ausgeschlossen ist, wurde das Tier zur Prüfung ins Veterinärinstitut abgeliefert. Das Publikum wird, da es nicht ausgeschlossen ist, daß der Hund noch Leute oder andere Tiere gebissen hat, um entsprechende allfällige Mittelurgen aus Polizeikommissariat, die Gendarmerie oder den Magistat direkt ersucht.

Pixavon-Shampoo

macht das Haar weich und locker.

tionären das unentbehrliche Fundament jeder realistischen Weltanschauung ist. „Je höher die Kultur, desto mehr sind die Menschen in ihrer freien Beweglichkeit, in ihrer freien Entscheidung einengung; desto gefügiger müssen sie sich, um auch nur die nackte Existenz für sich und die Ihren stiften zu können, der jeweiligen Machtverhältnissen unterwerfen.“ So stellt die Verklärung der Frau und die mit ihr verbundene Gebärflarerei tatsächlich „das wichtigste Stück im Ganzen der wirksamen Klassenordnung dar“.

Wir wollen natürlich Moral vor; unten her statt willkürlicher Moral von oben. Die herrschende doppelte Sexualmoral, die große geistige Geschlechtskrantheit der bisherigen Gesellschaft, schon immer dem Individuum die Schuld an alledem zu, was die widernatürlichen gesellschaftlichen Verhältnisse heraufbeschworen, und verdeckte so die tatsächliche Ursachenverknüpfung zwischen dem weitverbreiteten menschlichen Leid und der sozialen Unordnung. So konnte man der Masse lange Zeit den sozialen Kern des Übels durch den Nebel der „Moral“ verhüllen, ja, man schuf sich im Recht Handhaben, um diesen unsozialen Zustand noch fester zu verankern: Daran entstanden der Verbrechungsparagrafen, die Achtung der menschlichen Mütter und Kinder, die Ueberbewertung der Jungfräulichkeit und trotzdem mangelhafter Schutz der Schwangeren, die wirtschaftliche Verklammerung der Frau in der Ehe und vieles andere mehr.

Seute hat sich die soziale Struktur geändert, viel rascher als die Sexualmoral, und das Sexualrecht bleibt selbst zurück hinter dem Wandel der Sexualmoral: selbst zurück. Es ist also Aufgabe der

Sexualreformbewegung, die hier erforderliche Anpassung zu beschleunigen. Dazu muß man aber die proletarischen Massen zu völligem Umdenken über die Rolle erzühen, die die Sexualität im kulturellen Entwicklungsprozeß gespielt hat. Die Sexualität ist nicht nur Motos der Fortpflanzung, sondern zugleich „der eigentlich Gemeinschaft bildende und Gemeinschaft tragende Faktor“. — „Die soziale Ordnung ist in ihren Anfängen generative Ordnung und muß es in irgend einem Ausmaß alle Ewigkeit bleiben“. Der alte Vorkämpfer einer geordneten Menschheit prägt sogar das Wort: „Soziale Not und sexuelle Not sind Zwillingsschwester. Wer die soziale Not nicht befehlen will, weil er ihr Kugelhieb ist, weil er ein Leben der Wenigen auf Kosten der Vielen wünscht, der kann auch die sexuelle Not nicht befehlen wollen.“ Jahrtausende lang wurde durch die sexuelle Vergewaltigung der Frau ein ganzes Geschlecht sinnlos vergangen, weil eine ausschließlich an der Güterökonomie interessierte Oberschicht für die Menschheitökonomie kein Verständnis hatte. Die breite Volksmasse war für sie Geschäftskapital, an dem lediglich die günstigsten Bedingungen für eine möglichst hohe Rente des Fortpflanzungsgeschäftes interessierten. Aber „Reformen, die Konventionen des aufsteigenden Lebens sind, lassen sich auf die Dauer nicht aufhalten“. Für uns ist heute nicht mehr der Körper der Keifer der Seele, sondern wir erwarten umgekehrt von der Befreiung des Körpers die tiefste Befreiung der Seele. Die befreiten Seelen werden auch eine gesunde Schwärmerkraft und einen sozialen Lebenswille herbeibringen. Ewald Bohm.

Himmel — ein kleiner, ungestörter gerumpelter Bursche wollte in den Himmel, weil er glaubte, es sei dort ruhig! Ein kleiner Junge, dessen Mutter gestorben war und der eine Stiefmutter hatte, wünschte sich in eine andere Welt, weil er glaubte, dort glücklicher werden zu können. Einige wollten nach anderen Ländern fliegen, den St. James-Park, um die Gärten zu sehen, den Zoologischen Garten oder das Kino.

Was bedeutet: „Doch die Rute nicht sehn, was die Rechte tut?“

Ein elfjähriger Knabe antwortete: — wenn du jemand kennst, der hungrig ist, steck ihm ein Stück Brot in die Tasche, wenn er's nicht sieht. Was geschieden würde, wenn Jesus nach London kommen würde, ist wirklich wert zu hören. Der überwiegende Teil der Klasse meinte, er würde die Anstalten schließen.

Vielleicht würden einige gute Menschen ihm ein Lager anbieten und ihm etwas zu essen geben. „Die meisten würden das aber nicht tun“, meinte ein neunjähriger Junge.

„Er würde die Menschen lehren, froh zu sein, ohne Bier zu trinken“, sagte ein anderer.

„Er würde neue Häuser für die Armen bauen und die Kranken gesund machen“, — „Die Menschen würden ihnen Vögel mehr in Käfigen einpacken.“ „Ich würde ihn züchten und nachsehen, ob er wirklich Böser in den Händen hat.“

Die Kinder lieben Blumen, nennen sie aber nicht und sondern „Kosen“, wenn sie groß und farbenreich sind.

Eine blühende Distel kannten sie nicht. Nach den Sommerferien sollten sie berichten, ob sie auf dem Lande gewesen waren.

Ja — sie waren dort gewesen. Einer war im Hyde-Park, einer in West-Notwood, und einer im Sreathorn Common gewesen — alles in London gelegen.

Auffänge, die nach einer Autofahrt an die Küste geschrieben wurden, bezeugen einen wahren Glanz. Bezwirrt vor Begeisterung schreiben sie über Blumen, Vögel und eine Kuh, „die King in der Kiste, damit sie die Dame, die sie melkt, nicht etwa belst.“

Ein Dreizehnjähriger schrieb in seinem Aufsatz über das Thema „Vertrauen“ ein verblüffend christliches und lebenswahres Bekenntnis: „Das ist wirklich unangenehm, daß man das meiste Geld abheben muß, und wenn man ihrer Überdrüssig geworden ist, was man natürlich nicht sollte, dann kann man nicht sagen, daß man sie nicht länger haben will.“

Man sieht, daß viele dieser Kinder außerordentlich aufgeweckt sind und Anspruch auf weitere Ausbildung erheben können. Leider werden aber die Kinder, selbst wenn sie eine Freistelle zur weiteren Ausbildung erhalten haben, darauf verzichten, weil sie Geld verdienen müssen für den gemeinsamen Haushalt, sobald sie von der Schulbank kommen. Nichts ist erschütternder als die immer wiederkehrenden Wünsche dieser Kinder, ein eigenes Bett zu haben. Ein großer Zehnjähriger schrieb: „In meinem Hause sollen Mädchen und Jungen ihre eigenen Zimmer haben — und ein anderer meinte: In meinem Hause soll ein großes Schlafzimmer sein, in dem jeder seine eigene Badewanne haben soll mit einem Vorhang, so daß man von niemand gesehen wird.“

Und solche Kinder, mit schon natürlichen und gesunden Instinkten ausgestattet, müssen in Massenquartieren zugrunde gehen!

In London wohnen über eine Million Familien, nicht in Londoner Familien, sondern in ein bis zwei Zimmern. Hunderttausende Prozent der Bevölkerung genießt ihre Erziehung in den Volksschulen, wovon viele in den Slum-Vierteln leben.

Die Lehrer treffen oftmals hinter ihre begabtesten Schüler als Mitleidungen oder Laufburschen wieder oder in einem gänzlich hoffnungslosen Zustande der Verwahrlosung.

Das schlichte und natürliche Buch der englischen Volksschullehrerin gewährt einen tiefen und traurigen Einblick in das Elend der in den Slumvierteln lebenden — und zugrunde gehenden Kinder. M. S.

Sexuelle Moral und Unterbewußtsein.

Zobaidt man die soziale Seite der sexuellen Moral (und die soziale Seite ist eine soziale Frage), zeigt sich ganz deutlich die Verwahrheitung der sexuellen Reform mit der sozialen. Es war das Verdienst des bekannten Soziologen Rudolfs Goldscheid, in einer ausgezeichneten Rede auf dem kürzlich veranstalteten Wiener Kongreß für Sexualreform gerade diesen Zusammenhang beleuchtet zu haben. Goldscheid führte „zur Geschichte der Sexualmoral“ aus, daß die Sexualmoral in ihrer eigentlichen Bedeutung als „generative Moral“ (Zeugungsmoral) das Zentrum der sozialen Moral bildet und als solche sehr bald einem bestimmten Herrschaftsverhältnis dient. Man kann direkt erklären: „Sage mir, welche Gesellschaftsordnung, Klassenordnung Du wünschst, und ich werde Dir sagen, für welche Sexualmoral Du Dich einsetzen wirst“. So ließ die herrschaftsmäßig autoritäre Moral der Oberklasse die eigentlich gleichheitsgemäße autonome Moral, die dem Individuum gerecht werden konnte, lange Zeit hindurch nicht aufkommen. Der Mensch der Vergangenheit war, zuerst herdenmäßig, dann klassenmäßig gebunden, und die Frau unterlag dabei noch außerdem der Herrschaft des Mannes. Erst der Aufstieg der breiten Massen hat der autonomen Moral allmählich zum Durchbruch verholfen: mit anderen Worten: Das Recht der Individualität ist, so paradox es klingt, überall und immer von der schleimbar individualitätslosen Masse zur Regel erhoben worden.

Besonders hart war das Los der Frau unter der Herrschaft der alten bürgerlichen Moral. Denn Hand in Hand mit den wirtschaftlichen Ausbeutung der Massen ging eine generative Ausbeutung der proletarischen Frau, die unter dem Druck einer ihr widerstrebenden und aufgegebenen Moral unbeschränkt Kinder zu gebären hatte. Natürlich richteten die Herrschenden für sich eine andere Moral auf. Diese moralische Verdrängung als Deckmantel für die dahinter verborgene soziale Heuchelei. Jeder Einbruch in die herrschende Moral ist deshalb von gewaltiger revolutionärer Bedeutung. „Wir Reformierer“, sagt Goldscheid, „sind also nicht die Vorkämpfer, als die uns die Machthaber hinstellen, sondern in Wirklichkeit diejenigen, die den Lebensraum für eine gesunde, wirksame Moral überhaupt erst schaffen“. Die ursprüngliche Gemeinschaftsmoral, die wir aus ihren letzten Tiefen wiederherstellen wollen, ist „das System der innerlich verbundenen, sachlich fundierten individuellen und gesellschaftlichen Verantwortlichkeiten“. Um sich diesen Verantwortlichkeiten zu entziehen, haben die Herrschenden die große moralische Heuchelei aufgestellt, die somit zu einer der wichtigsten Stützen des kapitalistischen Systems geworden ist. Verlogene Strenge in der Sexualmoral statt echter, voll verantwortungsbewußter Sozialmoral — das war seit jeher der Beweggrund der Reaktion den brutal ausgebeuteten Massen gegenüber.“

Nur aus ihrem herrschaftsmäßigen und klassenmäßigen Ursprung können wir der verlogenen bürgerlichen Moral einigermaßen Verständnis abgewinnen. Es ist das Charakteristische dieser Moral, daß sie dem weiblichen Geschlecht beinahe die ganze Last ihrer sogenannten „Sittlichkeit“ auflegt hat. Wurde doch namentlich von den katholischen Kirche seit dem frühen Mittelalter mehr noch als der Geldgiertrieb selber das Weib als sündig erklärt. Gefährlich wurde die Frau von dieser Moral nur unmittelbar als Tochter, Schwester oder Gattin oder um der Kinder willen. Sie teilte das Schicksal der breiten Massen: dürftigster Erkauf, durch weitgehende Hörigkeit erkauft. Diese Abhängigkeit hatte ihren Sinn darin, daß die Frau, lediglich als Sexualobjekt und Arbeitskraft betrachtet, für den Menschen überflüssig Sorge tragen mußte, dessen Fortdauer

Londoner Proletarierkinder.

Untersuchungen einer Volksschullehrerin in den „Slums“.

Eine englische Lehrerin, Mrs. Rolfe, hat lange Jahre die ärmsten Kinder der englischen Slums unterrichtet und ein interessantes Buch „Die Seele des Slumkinds“ geschrieben.

In den Slumvierteln werden zwei Sprachen gesprochen, eine in der Schule, eine andere auf der Straße und zu Hause, so weit von einem „zu Hause“ überhaupt die Rede sein kann, eine Tatsache, die die Arbeit des Lehrers doppelt erschwert.

Diese Kinder sind, wenn sie versuchen, hoch-englisch zu sprechen, so gut wie unverständlich, weswegen viele Lehrer dazu gezwungen sind, sich mit der Slumsprache bekannt zu machen, um ihre Zöglinge überhaupt zu verstehen. Wenn dazu noch kommt, daß sich in einer Klasse 50-60 unterernährte, ganz dürftig gekleidete Kinder befinden, kann man sich einen Begriff von dem in jeder Weise schwierigen und gewaltigen heroischen Versuch machen, der heißt: Lehrerin im Slumviertel zu sein. Und die Sprachschwierigkeiten einzigermaßen zu überwinden, findet der Unterricht in der Art statt, daß an die Kinder Fragen gestellt werden, die das Kind zum eigenen Denken und zur selbständigen Ausdrucksweise zwingen. Der Aufforderung, drei Künder niederzuschreiben, die verboten seien, kamen die meisten nach, indem sie ihre Zustände zu den 10 Geboten nahmen. Die Antworten auf die Frage, was zu tun sei für richtig hielten, waren freier und abwechslungsreicher. So zum Beispiel: „Mutter helfen — auf Mutter aufpassen — Baby nicht wecken — einem Jungen gut zureden, wenn er nicht will; — Mutter helfen, anstatt auf die Gasse gehn und spielen — einen blin-

den Mann über die Straße führen — einen Jungen daran hindern, wenn er eine Kugel schlägt weil — wenn man etwas findet, den Eigentümer des Verlorenen suchen — — —

Welchen Menschen hast du am liebsten? war auch eine der Fragen.

Zuerst immer die Mutter: „Meine Mutter ist wohlhabend und fühlt sich glücklich, nur ihr eines Bein, das voller Löcher ist, macht ihr Beschwerden. Sie ist eine Frau, die sich niemals mit den Leuten herumzankt. Sie ist still und ruhig und spricht nie von ihrem schlimmen Bein. Ich halte sehr viel von meiner Mutter, nicht weil sie reich ist, denn das ist sie wirklich nicht. Sie muß genau so wie andere Frauen arbeiten, um das Geld für Essen und Trinken für uns zu verdienen. Sie ist klein, hat dunkle Augen und dunkles Haar, ein ziemlich rotes Gesicht und kleine Ohren. Sie arbeitet in Browns Fabrik.“

Was sieht ihr, wenn ihr die Augen schließt? Verschiedene Farben, Sonne und Sterne. Essen, eine Dame, die Blumen pflückt, einen Blüten — — —

Voran denkt ihr, wenn ihr vor euch hinräumt? An Dummheit, Essen, ein blaues Meer, an den unbekanntem Soldaten — ob Mutter mir erlauben wird, auf die Straße zu gehn und zu spielen — daran, wie Mutter starb — wenn es regnet, denke ich daran, ob das Auto, das Vater fährt, wohl auf dem glühigen Fahrdamm ausgeht wird.

Wohin würdet ihr fliegen, wenn ihr könntet? Die meisten wollten hinaus aufs Land oder an den Meeresstrand. Ein Teil der Kinder wollte in den

Aus dem Leben Emil Jannings.

Am 13. Oktober findet in Berlin die Uraufführung des neuen Janningsfilms: „Liebling der Götter“ statt, dessen Inhalt eine Schilderung des Lebenslaufes von Emil Jannings darstellt. Dieser Lebenslauf ist beinahe bunt



Emil Jannings als Professor Unruh in seinem letzten großen Tonfilm „Der blaue Engel“.

bewegt. Der große Filmstar begann als Schiffsjunge und arbeitete sich allmählich empor. Emil Jannings hatte einmal auf die Frage, wie er zum Film kam, die einzig treffende und richtige Antwort gegeben, mit den zwei Worten: „Aus Dalles“.

Neben seine ersten filmhaften Erlebnisse erzählt Jannings folgendes: „Alle Leute rieten mir, zu filmen, um meine hoffnungslosen Finanzen etwas aufzubessern. Das leuchtete Friedrichstraße abzugraben, in der so ziemlich alle Filmgesellschaften sitzen. Natürlich fand ich zunächst überall verschlossene Türen. Endlich ließ sich ein heute noch sehr bekannter Sensationsdarsteller und Regisseur dazu überreden, mich zu empfangen. Er bot mir die Gage von 25 Mk. pro Tag. Auf meine Frage nach dem Manuskript antwortete er, das sei gar nicht so wichtig, morgen sei schon Aufnahme, und zwar solle ich von der Weidenauer Brücke aus auf einen darunter durchfahrenden Dampfer abspringen. Da aber meine Vorliebe für jegliche Art Heldentum von jeder Maß nicht abließ, verließ ich schaudernd das Lokal und flüchtete ins „Café des Westens“, wo ich mir, wehmütig der entgangenen Gage gedenkend, einen Kaffee pumpete.“

Der Mensch entgeht aber seinem Schicksal nicht. Zufällig lernte ich Robert Wiene kennen, der sich einige Jahre später durch die Inszenierung des Caligari Weltruhm erwarb. Ich bekam das Angebot, als Partner Erna Morenas zu spielen, die Gage war mehr als fürstlich, 40 Mk. pro Tag. Ich war ein gemachter Mann, aber es sollte fürchterlich tagen.

Als ich das erste Mal das kleine Atelier in der Büchergasse betrat, hatte ich regelrecht Lampenfieber. Mit einem unüberwindlichen Missetrauen stand ich vor dem stehbeinigen Geheuer, vor dessen Kurbel sich der Operateur gerade angriffsbereit machte. Noch nie glaubte ich mich so dumm angestellt zu haben, ich war vollkommen hilflos. Mir schloß das Wort als mimische Ergänzung. Am nächsten Tage schlich ich mich ja-

gend ins Atelier. Bevor wir mit der Arbeit angingen, führte man mich in den Vorführungsraum und zeigte mir meine ersten Filmrollen. Zum ersten Male sah ich mich auf der Leinwand. Der Eindruck war niederschmetternd. Das sollte ich sein? So dumm sah ich aus? So blöde bewegte ich mich? Ich war einfach verzweifelt. Und obgleich ich das Geld notwendig brauchte, schrieb ich: „Das mache ich nicht mehr mit“, und rannte spornstreichs aus dem Vorführungsraum auf die Straße. Regisseur und Operateur festeten hinter mir her, versicherten, daß sie mit meiner Leistung außerordentlich zufrieden seien, daß ich das Zeug zu einem genialen Schauspieler habe. Da sagte ich mich dem, aber ich schwor mir, daß dies nicht nur mein erster, sondern auch mein letzter Film sein sollte.“

Jannings und seinem Schwur nicht gehalten. Zu seinem und unserer Reue ist er unser größter Filmschauspieler geworden, der den Ruhm der deutschen Filmspielwelt auch in Amerika begründet hat. Jannings ist übrigens in Brooklyn in Amerika geboren, sein Vater war geborener Deutscher und hatte als Fabrikant von Küchenutensilien allmählich ein kleines Vermögen erworben. Er siedelte dann wieder nach Europa über und ließ sich in Zürich und später in Berlin nieder. In Görlitz besuchte Jannings das Gymnasium, allerdings nur bis Obertertia, dann packte ihn die Abenteuerlust und er ließ sich in Hamburg als Schiffsjunge von einem Fracht-Dampfer anwerben. Aber die Enttäuschung war so groß, daß er schon in London wieder ankam. 12 Jahre hindurch war er dann als Waldarbeiter in Gardslegen erhielt und dann langsam über die großen Städte nach Berlin kam.

Kinderfreunde Prag.

Am Samstag, den 11. Oktober, Ausflug nach dem Stern. Treffpunkt: Endstation der 1er- und 2er-Linke. Führung: die Genossinnen Paul und Fuchs.

Kleine Chronik.

Herbituebel.

In London beispielsweise gilt er als Landplage, der Rebel, als verhasste Wetterunbill, die den Verkehr hemmt und die Sicherheit des Passanten beeinträchtigt. Das macht, man hat ihn dort, sozusagen, alle Tage und er ist eine ständige Enttäuschung. Hierzulande ist er schon erheblich seltener, wenigstens der Dichte Nebel, jener, unter dessen Regie man „die Hand vor den Augen nicht sieht“, und er wird deshalb weniger unter dem Gesichtswinkel des Verkehrsunwilligen als unter dem einer eigenartigen Naturerscheinung betrachtet. Es ist auch schon eine phantastische Sache um einen echten, rechten, mit dem Messer zu durchschneidenden Nebel. Das Gefühl der Verbundenheit mit der Umwelt ist gelöst. Ueber die Menschen, die vor kurzem noch einer den anderen sahen, ist ein undurchdringlicher Schleier gebreitet. Jeder einzelne ist eine Insel geworden, ringsum isoliert, ringsum abgeschlossen gegen jede andere Insel. Die Straße, eben noch ein einheitlicher Begriff, hat ihren Sinn verloren. Sie ist in ihre Bestandteile aufgelöst, in ihre Atome zerplittert. Hin und wieder hülchen Gespenster an uns vorüber: einen Augenblick lang ist eine phantastische Menschenfigur zu erkennen, aber rasch, allzu rasch, sinkt sie wie ein unendliches Meer, ein Nebel, aus dem sie aufstieg, wieder unter. Grotesk nehmen sich die Läufer der Straße aus. Die sonst mühelos den Raum zer schneiden, weithin strahlenden Signale, sind zu matten Furcheln zusammengedrumpft, die einen lächerlichen vergeblichen Kampf gegen die Uebermacht der Finsternis führen. Geheimnisreich irtillustern die Lampen der Straßenbahnen. Es gibt kein Schön und Hässlich im Nebel, kein Eleganz und Dürftig. Aller Welt hängt er sein dunstgraues Wolkenkleid über.

Das größte Lateinlexikon des Mittelalters gefunden! Professor Luigi Sorrento hat einen bedeutenden Fund gemacht: eine mittelalterliche Handschrift, von deren Vorhandensein man bisher nichts gewußt hatte, und die sehr wertvolle Aufschlüsse über das mittelalterliche Latein gibt. Das Manuskript stammt aus der ungenügend reichhaltigen Sammlung der einst im Benediktinerkloster zu San Martino della Scala bei Valeramo geschriebenen Handschriften. Später wurde diese kostbare Sammlung auf verschiedene öffentliche Bibliotheken Valermos aufgeteilt. Der jetzt gemachte Fund betrifft das „Vocabularium latinum pergrande“, das der Abt Angelus Sinesio im 14. Jahrhundert zusammengestellt hat, und das das größte aller mittelalterlichen lateinischen Lexika ist. Es enthält das gesamte Material der vorhergehenden Glossarien, etymologische Notizen, Eigennamen von Personen und Orten, wertvolle Aufschlüsse über Sitten und Gebräuche der Völker usw. Es füllt Lücken aus, die bei der Fertigstellung des lateinischen Wörterbuches des mittelalterlichen Lateins offen geblieben waren. Dieses Lexikon wird demnächst von der katholischen Universität zu Mailand in Druck gegeben werden. Es enthält über 3000 doppelt gehaltene Seiten, die von Professor Sorrento vollständig photographiert und größtenteils auch schon kopiert worden sind.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Kunst und Wissen.

Abschied Max Schipper. Blumen, Kränze und Geschenke aller Art wurden vorgestern auf der Bühne des Neuen Deutschen Theaters vor Max Schipper aufgebaut. Sie werden unserem bisherigen jugendlichen Gesangsleiter geöffnet haben, wie hoch er in der Kunst des Publikums stand, wie schwer man ihn ziehen läßt. Als der junge Künstler vor vier Jahren zu uns kam, half er uns aus arger Verlegenheit; denn er hatte den plötzlich verstorbenen, beim Publikum so außerordentlich beliebten Leopold Gabel zu ersetzen. Daß ihm dies gelang, daß er diesen bald vergessen machte, ist ein Beweis nicht nur des großen Könnens, sondern auch des natürlichen heiteren Talentes Max Schippers. Die besonderen künstlerischen Tugenden Schippers waren im übrigen: die erlauchende Frohsinn, Liebe zu seiner Kunst und unbedingte Zuverlässigkeit. Als immer gut gelaunter Spahmacher war Schipper ebenso erfolgreich wie als blühender Tänzer. Wenn in alles Lob auch ein leiser Tadel klingt, ist es der, daß Schipper eigentlich nur fürs Publikum spielte, mit kluger Berechnung der Wirkung, selten auch aus eigener innerer Notigung und Wehrzeugung. Unübersehbar ist die Zahl der Rollen, die er in den vier Jahren seiner Prager Tätigkeit dem Publikum zu Dank spielte. Nicht die künstlerisch wertvollste, wenn auch eine hinlänglich wirksame, hatte er sich vorgestern zu seinem Abschied gewählt: den Frech in Robert Gilberts nichtsfogender Operette „Rosita Gipsy“. Es war trotzdem ein erfolgreicher, beifallslauter Abschied, bei dem der scheidende Künstler schließlich auch das Wiederkommen versprechen mußte. — Schippers Ab-

Hundert schwere Peitschenhiebe . . .

Von Fridtjof Nansen.

Zoeben erscheint im Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig, das letzte Werk des großen Forschers und Menschenfreundes Fridtjof Nansen, dessen Tod wir vor kurzer Zeit melden mußten. Es betitelt sich: „Durch den Kaukasus zur Wolga“ (Geheftet RM. 8.50, Leinen RM. 10.—) und ist mit 42 Abbildungen und 4 Karten geschmückt. Nach Beendigung des Hilfswerks für die armenischen Flüchtlinge, das Nansen in seinem erschütternden „Betrogenes Volk“ beschrieben hat, kehrte er auf den Umweg über die kaukasischen Sowjetrepubliken in seine Heimat Norwegen zurück. Seine Forscheraugen haben den damals Sechszehnjährigen auch auf dieser letzten Reise nicht verlassen. Aufs neue beweist er seine besondere Fähigkeit, einen Raum und seine Bewohner in ihren Beziehungen zueinander als Ganzes zu sehen. Keine trockene Reisebeschreibung „Wir dragen um vier Uhr auf und erreichen um zwölf Uhr...“, sondern die lebendig empfundene Landschaft und ihr Einfluß auf den Menschen, die abenteuerliche, kampferfüllte Geschichte der wilden Bergvölker und das Heute in den südlichen Sowjetrepubliken bilden eine unflöchtige Einheit und machen das Buch zusammen mit den prächtigen Bildern zu einem Vorbild moderner Reisebeschreibung. Wie entzückend den bedeutsamen Werk, an dem nicht nur alle Freunde Nansens in hohem Grade interessiert sein werden, nachstehend mit Genehmigung des Verlags einen Abdruck:

Schamyls Charakter und die Art, wie er die Leute behandelte, werden durch folgende Begebenheit schlaglichtartig beleuchtet. Er hatte während der Kämpfe in Dagestan Tschetschenen nicht hinreichend beschützen können. Die Tschetschenen in den Vorbergen und im Flachland hatten daher mehr als je unter den Raubzügen der Russen zu leiden. In ihrer Verzweiflung schickten sie vier Abgesandte zu Schamyl nach Dargo und ließen ihn bitten, er möge ihnen entweder ausreichenden Schutz gewähren oder ihnen den Friedensschluß mit den Russen erlauben. Die Abgesandten wagten nicht, ihren Auftrag dem fanatischen Imam selbst auszurichten. Sie fürchteten für ihr Leben. Statt dessen gelang es ihnen durch Vesteichungsgelder, Zutritt zu Schamyls greiser Mutter zu erlangen und sie dazu zu bewegen, daß sie ihrem Sohn den Fall vortrage. Schamyl liebte seine Mutter zärtlich, aber in diesem Falle blieb er hart. Er sah ein, daß es verhängnisvolle Folgen haben könne, wenn er die Abgesandten umbringen ließ oder sie mit ausgestochenen Augen, abgehauenen Händen oder in sonst verstümmeltem Zustand nach Hause schickte, wie das sonst in solchen Fällen seiner Gewohnheit entsprach. Er ließ den Wunsch der Tschetschenen Bevölkerung bekanntgeben und gleichzeitig verbreiten, daß er sich zu Fasten und Gebet zurückziehe, bis der Prophet selbst ihm seinen Willen kundgebe. Hierauf schloß er sich in der Woschee ein, seine Muriden und die Eingeborenen von Dargo versammelten sich auf seinen Befehl vor den Türen der Woschee und vereinigten ihre Gebete mit dem seinen. Drei Tage und drei Nächte hindurch blieben die Pforten der Woschee geschlossen. Die Menge draußen war von Fasten und Gebetsübungen ganz erschöpft, das lange Warten hatte sie in einen Zustand sieberhafter, religiöser Erregung versetzt. Endlich öffnete sich die Tür, auf der Schwelle stand Schamyl, bleich und mit blutunterlaufenen Augen. Zwei Muriden begleiteten ihn auf das flache Dach der Woschee. Oben angekommen, befahl er, seine Mutter zu ihm zu führen. Sie erschien, in das weiße Tuch, die Tschadra, eingehüllt. Von zwei Mullahs geführt, näherte sie sich mit langsamen, unsicheren Schritten ihrem Sohn. Der starrte sie minutenlang schweigend an, dann hob er die Augen zum Himmel und rief:

„Großer Prophet Mohammed, heilig und unantastbar sind deine Gebote. Dein gerechtes Urteil mag als Beispiel und Warnung für alle Rechtgläubigen vollzogen werden.“

Hierauf wandte er sich an das Volk und sagte, die eiddrühigen Tschetschenen wollten sich den Ungläubigen unterwerfen, ja sie seien schamlos genug gewesen, sogar Abgesandte nach Dargo zu schicken und sein Einverständnis zu solchem Treubruch einzuholen. Die Gesandtschaft habe nicht den Mut gehabt, mit ihrem Auftrag vor ihn selbst hinzutreten, sie habe sich an seine Mutter gewandt und die unglückliche schwache Frau dazu vermocht, bei ihm Fürbitte zu tun. Ihre eindringlichen Vorstellungen und seine unbegrenzte Verehrung für sie hätten ihm den Mut gegeben, Gottes Propheten Mohammed selbst um seinen Willen zu befragen.

Und sehet: hier in eurer Gegenwart, begleitet von euren Gebeten, habe ich in dreitägigem Gebet und Fasten die gnädige Antwort des Propheten auf meine vermessene Frage erhalten. Des Propheten Antwort traf mich wie ein Donnerkeil. Denn es ist Allahs Wille, daß derjenige, der mir zuerst die schmachliche Abtötung des Volkes der Tschetschenen offenbarte, mit 100 schweren Peitschenhieben bestraft werden solle. Und dieser erste Bote war — meine eigene Mutter.

Auf den Wink des Imams rissen die Muriden der unglücklichen alten Frau die Tschadra vom Leibe, packten sie an den Händen und hieben mit einer geflochtenen Peitsche auf sie ein. Ein Schauer des Grauens und der Bewunderung durchrieselte die Menge. Schon beim fünften Schlag wurde das Opfer ohnmächtig. Schamyl selbst war außer sich vor innerer Qual, fiel den Bütteln in die Arme und warf sich seiner Mutter zu Füßen. Der Auftritt war ergreifend, die Augenzeugen flecten weinend und heulend um Gnade für ihre Wohläterin. Nach wenigen Sekunden erhob sich Schamyl. Nichts war ihm von seiner Gemütsbewegung anzusehen. Abermals hob er die Augen zum Himmel und rief mit grabesernter Stimme:

„Es gibt keinen Gott außer dem einen, und Mohammed ist sein Prophet. Ihr Bewohner des Paradieses, ihr habt mein inniges Gebet gehört, ihr habt mir erlaubt, daß ich selbst die Schläge entgegennehme, zu denen meine arme Mutter verurteilt war. Laßt mich diese Schläge mit Freuden empfangen als ein unschätzbares Geschenk eurer Gnade und Güte.“ Mit lächelnden Lippen zog er den roten Kittel aus, drückte den beiden Muriden schwere Rogapeitschen in die Hände und sagte ihnen, er werde mit eigener Hand den töten, der es wage, dem Befehl des Propheten lässig zu gehorchen. Stumm und ohne Schmerzenszeichen nahm er die 100 Schläge hin. Dann schlüpfte er wieder in seine Jade, stieg zu der in Schreck erstarrten Menge herab und fragte: „Wo sind die verfluchten Hunde, um derenwillen meine Mutter eine so entehrende Strafe erleiden mußte?“ Die Unglücklichen wurden herbeigeschleppt und krümmten sich zu seinen Füßen. Niemand zweifelte, welches Schicksal die Gesandten treffen würde. Aber zur Ueberraschung aller hob Schamyl die vier Tschetschenen auf und sagte: „Acht! heim zu euren Landsleuten und berichtet ihnen als Antwort auf ihr wahnwitziges Ansinnen, was ihr soeben gehört und gesehen habt.“

Es ist wohl nicht nur der Schauspieler Schamyl, der uns in dieser Szene begegnet, es ist der Glaubenseiferer. Die meisterhaft inszenierte dramatische Vorstellung mußte auf die abergläubische und leichtgläubige Bergbevölkerung tiefen Eindruck machen.

schied von Prag bedeutet übrigens keinen Abschied von der Operette überhaupt, da der Künstler künftig bei einer Tonfilm-Unternehmung mitwirken wird. —ek.

Der berühmte Refulektor wird bei dem internationalen Volkstheaterabend, veranstaltet von der Guttemplerloge „Prag“ am Donnerstag, 30. Oktober, im großen Urania-Saal, wieder aus aller Welt zum Vortrag bringen.

Weitere moderne Satire und Grotesk. Unter diesem Titel hat der bekannte deutsche Vortragskünstler Gustav Herrmann eine Auswahl von außerordentlich wirksamen lyrischen und prosaischen Dichtungen neuerer deutscher Dichter zusammengestellt, die Gegenstand seines Vortrages am 26. Oktober im Saal der städt. Bühnerei in Prag sein wird. Gustav Herrmann ist, wie seine zahlreichen Prager Freunde schon wiederholt feststellen konnten, einer der besten Vortragskünstler unserer Zeit, er vermag es wie selten einer sich in die feinsten Regungen eines Dichters einzufühlen und er ist durch ein prächtiges, warmes Organ und durch eine drastische Mimik befähigt, die stärksten Wirkungen zu erzielen. Sein Vortrag verspricht also ein seltener Genuß zu werden.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag (25-2), 7 Uhr: „Die Zauberflöte.“ Samstag (26-2), 7 1/2 Uhr: „Ensemblegesellschaft Emil Jannings.“ Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Geschäft ist Geschäft.“ Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Meine Schwester und ich.“ 7 1/2 Uhr Ensemblegesellschaft Emil Jannings: „Der Silberpelz.“ Montag (25-3), 7 Uhr: „Was ihr wollt.“

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag, 7 1/2 Uhr: „Die Kassette.“ Samstag, 7 1/2 Uhr: „Der gute Rassel Adamson.“ Sonntag, 3 Uhr: „Argarten der Liebe.“ 7 1/2 Uhr: „Der gute Onkel Adamson.“ Montag, 7 1/2 Uhr: „Meine Schwester und ich.“

Frauenabend

am 10. Oktober, 8 Uhr abends, im Jägerstüb des Café Nizza. Vortragender, Gen. Hofbauer über Josef Seligers Leben und sein Werk. Wir laden alle Genossinnen und Genossen ein, bestimmt zu kommen — und pünktlich zu sein. Das Bezirks-Frauenkomitee.

dass sich in den Arbeitersportvereinen naturgemäß ein wesentlicher Teil der hochqualifizierten Arbeiterschaft sammelt, also ein durchaus kaufkräftiges Publikum, das auch von den Auswirkungen der Erwerbslosigkeit weniger betroffen wird.“

Alle Beratungen über eine solche Verleugnung der wirtschaftlichen Notlage der Mitgliedschaft gegenüber den Unternehmern, und das alles, um von Unternehmern Geld zu kriegen für die Unterstützung der Arbeiter-Turn- und Sportverbände.

Das Bürgerturn braucht um Argumente für seinen Kampf gegen die Arbeitslosenfürsorge, gegen die Löhne der Arbeiter und für Erhöhung der Steuerlasten der Arbeiterschaft nicht besorgt sein. Die werden ihm von kommunistischer Seite unsonst ins Haus geliefert.

Die Arbeitslosen und sonstigen armen Schichten in den kommunistischen Sportverbänden können sich für die Auswirkungen des vorstehend aufgezeigten Verrats ihrer Klassennotlage bei ihren Führern bedanken. Das ist die eine Seite der kommunistischen Führerschaft. Die andere zeigt sie, wenn sie sich an ihre eigenen Leute wendet, ihnen die Hungerlöhne ins Gedächtnis ruft, die Sozialdemokraten „Arbeiterverräter“ usw. schimpft und zum Kampfe bis aufs Messer gegen Sozialdemokraten auffordert.

Literatur.

„Die Freyung“, eine Wiener Zeitschrift, wird von Fritz Brügel, Otto Erich Deutsch, Leopold Liegler und Dr. Schiller-Marmorek herausgegeben, erscheint im Kommissions-Verlag Eduard Penzels Nachf., Wien I., Schottengasse 7, und will, wie ihr Name symbolisierend andeutet — Freyung was gleich Freiheit im alten Wien — eine Heimat sein nicht dem Zensurionellen (das braucht keine Freiheit, denn es wird nicht verfolgt, sondern gesucht), sondern dem Guten, dem Edlen, Beständigen, auch wenn es zunächst gar nicht „aktuell“ erscheint. Eine solche Zeitschrift könnte sehr wohl Bestand haben und sie kann einem Bedürfnis entsprechen, wenn sie es versteht, als Leser alle zu sammeln, die in einer Zeit der Geistesfreiheit sich zum Geist bekennen, die in einer Zeit, da zweifellos das Gesamtniveau der Schreibenden gestiegen ist, aber auch wirkliche sprachliche Großleistungen weniger gewürdigt, ja weniger erkannt werden als früher. Vielleicht gelingt es, eine solche Zeitschrift aus der „Freyung“ zu machen. Die Absichten der Herausgeber sind die allerbesten. Das erste Heft ist ein vielversprechender Beginn. Es enthält eine sehr kluge Betrachtung Leopold Lieglers über Restroy, eine Verzeählung „Cheireddin“ von Fritz Brügel, dann einen geistvollen Aufsatz Schiller-Marmoreks über Marcel Proust, eine Betrachtung D. E. Deutschs über „Künzberger und Valentin“, weßt einem Aufsatz Künzbergers über den großen anarchistischen Revolutionär, Aphorismen von Otto Stockl. — Die „Freyung“ erscheint in zwangloser Folge. Demnächst soll ein neues Heft, das zweite, herauskommen. Wir haben absichtlich mit der Anzeige der neuen Zeitschrift gewartet bis nun, da das zweite Heft erscheinen soll. Die Neugierde soll nicht zwischen dem ersten und zweiten Heft verfliegen, sondern erst recht geweckt werden für die kommenden Blätter. — Unsere Volksbuchhandlungen werden gerne bereit sein, Bestellungen auf diese Zeitschrift entgegenzunehmen, die gar nichts, aber auch gar nichts zu tun hat mit der üblichen und üblichen Wiener Zensurmentalität, mit der Leichtigkeit des Operetten-Wienertums, sondern eine wirkliche Kunstzeitschrift werden will. —ek.

Herausgeber: Siegfried Laub. Chefredakteur: Wilhelm Niehner. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß Prag. Druck: „Kola“ K.G. für Zeitung und Buchdruck Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Solik Prag. Die Zeitungsmarktenkonfaktur wurde von der Volk u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.309/VII/1930 bewilligt.

KINO-PROGRAMM

Vom 10. Oktober bis 16. Oktober 1930. Wran-Urania-Kino. flandrische deutsche Kino Prag. Der unsterbliche Lump.

Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben. Gastwirtschaft Lidový Dům (Gen. Wilhelm Spairng) täglich Prag II., Hybernka Nr. 7.

Sport • Spiel • Körperpflege

Das Doppelgesicht der Kommunisten.

Die Presse des kommunistischen Sportverbandes in Deutschland läßt sich ihren Kampf gegen den Arbeiter-Turn- und Sportbund von den sonst so verhassten Kapitalisten durch Inzeratengelder finanzieren. Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern verleugnen die Unterhändler der kommunistischen Sportpresse in der gewissenlosen Weise die Notlage des Proletariats und versprechen den Unternehmern auf Grund der „hochqualifizierten Arbeiterschaft“ und des „aufkräftigen Publikums“, aus deren Kreisen sich der kommunistische Sportverband zusammensetzen soll, hohe Gewinne. „Anzeigen dienst der Arbeiterpresse“ in Berlin nennt sich das Unternehmen, das für den kommunistischen Sportverband arbeitet. Die Inzerate sollen in „Sport und Spiel“ (Berlin) und im „Roten Sachsenpost“ erscheinen. In den an die Unternehmer versandten Angeboten heißt es, daß

„Sport und Spiel 56.000 Pflichtabonnenten“ „Der Rote Sachsenpost 52.000 Pflichtabonnenten“ habe. Das ist der Höhepunkt der Verlogenheit. „Sport und Spiel“ hat eine Auflage von nur 4000 und der „Rote Sachsenpost“ . . . ? Ach, du liebe Güte, da reicht es mit 3500 schon zu. Die Art der Inzeratenergatterung durch die Berliner Inzeratenabteilung ist ein groß angelegtes Betrugsmanöver.

Nachstehend das im Wortlaut auf den Angeboten gefällte Urteil über die wirtschaftliche Stellung der Mitglieder des kommunistischen Sportverbandes: „kein bürgerliches Blatt kann diesen interessenkreis erfassen! und bedenken sie,